

# Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, nach die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltene Zeile ober deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 163.

Sonnabend, den 14. Juli 1917.

24. Jahrg.

## Demokratie und Frieden.

Aus dem Reichstag wird dem „Samb. Echo“ geschrieben: Die Auffassung, daß jede Demokratie, oder was sich so nennt, ein Friedensfaktor sei, hat durch die Erfahrungen des dreißährigen Weltkrieges nicht nur eine starke Erschütterung, sondern eine direkte Widerlegung erfahren. Die „westlichen Demokratien“ Frankreich und England sind nicht nur die Urheber dieses furchtbaren Krieges; sie haben sich auch nicht geschämt, den größten Feind der Demokratie, das zaristische Rußland, als Bundesgenossen und Werkzeug in den Krieg hineinzutreiben. Und das auf seine „Demokratie“ so stolze Italien hat, wie schon beim Kriege um Tripolis, die gewissenloseste Banditenpolitik getrieben, um im Rahmen der „nationalen Einigung“ einen Länderraub zu vollbringen, der mit dieser Einigung nicht mehr das geringste zu tun hat. Die große „Demokratie“ jenseits des atlantischen Ozeans aber, die einen Präsidenten mit Machtbefugnissen ausstattet, die weit über die eines absoluten Monarchen hinausgehen, hat sich kopfüber in den Strudel des Weltkrieges gestürzt, angeblich, um in Europa die Demokratie zu retten und ihr in den Staaten der Mittelmächte, die man sich als von finsterner Reaktion beherrscht vorstellt, eine Stätte zu bauen. Ein gleiches Kriegsziel haben sich ja auch England und Frankreich angeblich gesetzt, und ihnen hat sich das neue demokratische Rußland angeschlossen.

Von all den Zwangsdemokratisierungen, die uns durch Befragung beglücken möchten, ist allein bei der neugeborenen russischen Demokratie ehrlicher, guter Glaube vorzuzusehen. Bei allen anderen ist die Verkündigung ihrer höheren Bestimmung, Europa den Frieden durch die Demokratie zu sichern, nichts als elende Heuchelei, als ein Schlagwort, mit dem die Volksmassen im eigenen Lande ebenso täuscht werden wie mit der dort herrschenden „Demokratie“. Diese Art von „Demokratie“ hat mit wirklichem Demokratie, in welcher die letzten Entscheidungen beim Volke selbst liegen, bitter wenig zu tun. Es ist demokratische Form ohne demokratischen Inhalt. Politische Streber und Geschäftsmacher im Verein mit imperialistischen Kapitalisten üben im Namen der „Demokratie“ die Herrschaft aus und leithammeln die Volksmassen mit der großen nationalen Phrase, um sie für die Zwecke jener kapitalistischen Oligarchie zu mißbrauchen. Wo wirkliche Demokratie herrscht, wo das Volk selbst in Wahrheit seine Geschichte bestimmt, da wird eine Politik unmöglich, die in so ungeheures Verderben führt, wie es der Weltkrieg über die Völker Europas gebracht hat.

Aus diesem Verderben ist die russische Revolution und mit ihr die russische Demokratie emporgekömmt. Alle Welt hat sie zunächst begrüßt als die Befreierin nicht nur des eigenen Volkes vom Joche des Zarismus, sondern auch als Friedensbringerin in Europa. Es schien selbstverständlich, daß mit dem Sturz des Zarenpotentismus auch dessen Kriegspolitik liquidiert werden würde, die doch zum wesentlichen Teile geführt wurde, um die revolutionären Bestrebungen im Innern niederzuhalten und der steigenden Zarenregierung eine gefestigte Position zu verschaffen. Aber der Kapitalismus in Rußland, imperialistisch wie überall, versuchte die Kriegspolitik des Zarismus fortzusetzen, schon um die Weiterentwicklung der Revolution in sozialistische Bahnen zu verhindern. Durch diesen, unter Führung des Herrn Miljukow, gemachten Versuch, Rußland weiter an Englands und Frankreichs Kriegswagen zu spannen, um deren Kriegsziele erkämpfen zu helfen, machte freilich der stark sozialistisch beeinflusste Arbeiter- und Soldatenrat zunächst einen Strich, indem er die Parole für einen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentwädigungen ausgab. Um aus dieser demokratischen Parole praktische Politik werden zu lassen, war die Voraussetzung, daß die sozialistische Demokratie Rußlands die Kraft und die Macht entfalten konnte, die Alliierten Rußlands zu zwingen, auch ihrerseits alle Eroberungspläne aufzugeben und sich zu einem Frieden der Verständigung bereit zu erklären. Damit allein wäre die Möglichkeit geschaffen worden, einen allgemeinen Frieden auf dieser Basis herbeizuführen, wenn man sich in Rußland nicht zu einem Sonderfrieden mit Deutschland und Oesterreich entschließen konnte, obwohl dieser voraussichtlich den allgemeinen Frieden bald nach sich gezogen hätte, weil er in den übrigen Ententestaaten die Friedensneigung sicher stark gefördert hätte, da ihnen durch den Sonderfrieden das schier unerhörliche russische Reservoir für Kanonenfutter der Entente verschlossen worden wäre.

Die Verallgemeinerung der guten Absichten der russischen Demokratie, die für sich selbst verschmähte, was sie nicht für die ganze Entente haben konnte, weil diese nicht wollte, hat sich als ein schweres Hindernis für die Erreichung des Friedens erwiesen. Es ist ganz anders gekommen, als sich die russischen Sozialisten im besonderen die Sache gedacht haben. Im ersten Hochgefühl des errungenen Sieges über den Zarismus glaubten sie offenbar, berufen zu sein, der Demokratie in ganz Europa zum Siege zu verhelfen. Als Begünstigungsobjekt erschienen ihnen selbstverständlich zunächst Deutschland und Oesterreich-Ungarn, die während der ganzen Kriegs-

dauer von der Entente und ihren Pressbildungen auch im neutralen Ausland angechwärzt worden sind, Stätten der ärgsten Reaktion zu sein. Daß in England und Frankreich — von Italien gar nicht erst zu reden — während des Krieges die Demokratie fast vollständig in die Brüche gegangen ist, daß dort das Volk heute weniger als je über sein eigenes Geschick zu bestimmen hat, davon hat man die Welt möglichst wenig erfahren lassen. Und für die russische Demokratie, wie auch noch für manche Neutrale, erscheinen die westlichen „Demokratien“ heute noch als Hort wahrer Demokratie, obwohl sie sich auch gegenüber kleinen ohnmächtigen neutralen Staaten — man denke nur an Griechenland — als kaltherzige Bedränger erwieisen, die nur ihre eigenen imperialistischen Zwecke im Auge haben und zu deren Erreichung die Rechte anderer Staaten brutal mit Füßen treten. Die Achtung der Rechte und des Selbstbestimmungsrechts anderer Völker muß aber der oberste Grundsatz aller Demokratie sein, will sie nicht mit sich selbst in Konflikt kommen. Ueber die innere Einrichtung eines Staatswesens und das dort obwaltende Maß von Demokratie zu entscheiden, ist deshalb allein den Angehörigen dieses Staatswesens zustehendes Recht. Jedes selbstbewußte Volk wird die Umarmung, ihm von außen her über die Gestaltung seiner Staatsrichtungen Vorschriften machen zu wollen, entschieden zurückweisen. Im Namen der Demokratie kann solche Umarmung überhaupt nicht sprechen.

Der Versuch der russischen Demokratie, die sich eben ihre Freiheit im eigenen Lande erkämpft hat, sich zum politischen Lehrmeister Mitteleuropas aufzuwerfen, der geneigt ist, seine Lehren mit Gewalt durchzusetzen, wäre also ein verfehltes Experiment. Ob es ernsthaft versucht werden könnte, erscheint überhaupt fraglich. Vorläufig hat schon das rein theoretische Betreten dieses Weges zum Gegenteil dessen geführt, was man erreichen wollte, zur neuen russischen Offensive, die dem Frieden im Sinne der russischen Revolutionäre sicher nicht förderlich ist. Diese Entwicklung der Dinge findet sicher nicht deren allgemeine Zustimmung, wie ja auch Rundgebungen aus den Kreisen der Arbeiter- und Soldatenräte aus jüngster Zeit erwiesen haben. Aber es darf auch nicht übersehen werden, das außer Kerenski auch noch andere sich Sozialisten nennende Revolutionäre mit großem Eifer für die Offensive und ihre Durchführung tätig gemessen sind. Zu welchem Zweck? Nach den offiziellen Erklärungen der russischen provisorischen Regierung will Rußland keine Eroberungen machen. Die Mittelmächte wollen es auch nicht. Eine Verständigung wäre also möglich. Wenn nur England und Frankreich ebenfalls ihre Eroberungs- und Vernichtungsziele aufgeben würden! Das haben sie bisher nicht getan und wollen es nicht tun, und die russische Demokratie scheint sich bisher recht wenig Mühe gegeben zu haben, sie dazu zu bewegen. Es ist zwar von einer „Revision der Kriegsziele“ die Rede gewesen, aber in der Praxis ist noch nichts daraus geworden. In Wirklichkeit kämpft die russi-

sche Demokratie in der neuen Offensive für die Kriegsziele der Entente.

Das mag nicht ganz freiwillig geschehen. Rußland ist durch die schweren Schläge des Krieges in eine schier unhaltbare Situation gebracht worden. Um sich aus dem furchtbaren Elend herauszuarbeiten, braucht es Geld, viel Geld. Von seinen Alliierten, die Vereinigten Staaten eingeschlossen, bekommt es Geld aber nur unter der Bedingung, daß es weiter seine Völker für die Eroberungsziele der Entente opfert. England und Wilson halten das erschöpft. Rußland mit goldener Zange an dem Bündnis fest, das vom Zarenregiment geschlossen ist zu Eroberungszwecken und nun dem revolutionären Rußland zum Verhängnis zu werden droht, indem die Demokratie scheitert an der Unmöglichkeit, sich ganz von der Erbchaft des verruchten Zarenregiments loszumachen.

Wenn man die Verhältnisse in den Entente-Staaten mit denen bei uns in Deutschland vergleicht, so können wir mit Zug und Recht sagen, daß jeder Grund fehlt, daß gegen uns die anderen sich überheben. Gewiß fehlt es auch bei uns nicht an hinreichenden Gründen zu vielen Beschwerden über die Beschränkung der allgemeinen Volksrechte. Auch bei uns kann der Krieg mit seinen bitteren Anforderungen nicht alles entschuldigen. Aber gerade die jüngste Zeit zeigt einen Gegensatz, der sehr zugunsten Deutschlands spricht.

Das ist die Tatsache, daß bei uns der Krieg den energischen Aufstoß dazu gegeben hat, die demokratischen Volksrechte weiter zu entwickeln. Dem lang bekämpften preussischen Dreiklassenwahlrecht ist das Todesurteil gesprochen; es wird durch das allgemeine gleiche Wahlrecht ersetzt werden. Die noch im Reichstagswahlrecht waltende Ungerechtfertigkeit wird abgebaut und die Entwicklung der innerpolitischen Ereignisse in den letzten Tagen scheint dafür zu bürgen, daß der Einfluß der Volkspartei auf die innere und äußere Politik ein wesentlich größeres werden wird als er bisher war, daß wir uns dem parlamentarischen Regime mehr und mehr nähern, bei dem die Volksvertretung das entscheidende Wort über die Volksgeschichte zu sprechen hat.

Es ist ein Stück wirklicher und wahrer Demokratie, das sich damit anbahnt und das wir Deutsche in anderer oft bespotteter Gründlichkeit besser nutzen werden, als leider die Völker der „westlichen Demokratien“ ihre demokratischen Einrichtungen bisher genutzt haben. Es wird ferner auch kein Scheingrund mehr bestehen, Deutschlands staatliche Einrichtungen vor der Welt herabzusetzen, um die Umarmung zu rechtfertigen, uns durch Zwang demokratische Einrichtungen aufzuzwingen zu wollen. Das alles ist ja nur Verwand hinter dem sich politische und wirtschaftliche Vernichtungspläne verbergen. Aber indem wir diesen Vorwänden den letzten Boden entziehen, dienen wir durch die Demokratisierung unseres Staatslebens auch der endlichen Wiederherstellung des Friedens.

## Rücktritt Bethmann-Hollwegs.

Hindenburg und Ludendorff sind vom Kaiser wiederum nach Berlin berufen worden. Reichskanzler von Bethmann-Hollweg hat sein Entlassungsgesuch eingereicht, und wenigstens in diesem Augenblick bezweifelt niemand mehr, daß es angenommen wird.

Herr von Bethmann-Hollweg fällt in dem Augenblick, in dem er die Durchführung des gleichen Wahlrechts in Preußen unternahm und sich zum Frieden ohne Entschädigungen und Annexionen bekannte. Er muß gehen, nachdem die Alldeutschen aller Schattierungen einen unerhört wütenden Feldzug gegen ihn geführt haben, der von den gefährlichsten Mitteln Gebrauch machte. Auf der anderen Seite ist der bisherige Reichskanzler ein Gegner der Demokratie und ein Gegner der Ausgleichsfriedens gewesen und hat beiden nur unter stärkstem Druck, widerwillig und nach dem Maße der Notwendigkeit Zugeständnisse gemacht. Im Auslande genoh er — so behauptet man — keinerlei Vertrauen, weil er an den Kriegserklärungen beteiligt gewesen ist und Wilson über Deutschlands Absichten irreführt habe. So trägt die Verabschiedung des gegenwärtigen Reichskanzlers ein zwiespältiges Gesicht. Sie löst die Krise nicht, sondern eröffnet sie erst in vollem Umfange.

Ein Teil der Linken hätte Herrn von Bethmann-Hollweg gerade in den letzten Tagen gerne gehalten. Er nahm an, daß die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen, das ungewisse Bekenntnis zur sozialdemokratischen und russischen Friedensformel und die Ernennung einiger parlamentarischer Staatssekretäre in den demokratischen Ländern einen ausgezeichneten Eindruck machen werde. Diese Bethmann-Stücker fürchteten, daß seine Verabschiedung gerade in diesem Augenblick alles wieder in Zweifel ziehen werde, daß alle Errungenheiten der letzten vierzehn Tage, die so groß und wichtig seien, wieder in Frage kämen, und daß man in der ganzen Welt sagen würde: ein Reichskanzler, der

sich von den Junkern und Alldeutschen losgeri, kann sich eben in Deutschland doch nicht behaupten. — Ein anderer Teil der Linken drängte auf Bethmanns Austritt. So lange er im Amte sei, würde das Inland und Ausland das Mißtrauen nicht los werden. Eine neue Politik, ein neues System erfordern auch neue Männer. Nur durch eine sofortige Parlamentarisierung der Regierung erhielten die Friedensformel und das gleiche Wahlrecht in Preußen vollen Wert und Eindruckskraft auch für die Friedenssache.

Die Ereignisse vielleicht schon der nächsten Stunden werden zeigen, welche dieser Auffassungen zutreffender war. Die Demission des Reichskanzlers ist zweideutig, die Wahl seines Nachfolgers muß eindeutig sein. Viele Namen werden genannt, die nahe liegen: der bayerische Ministerpräsident Freiherr v. Hertling, gegen den sein hohes Alter und die Schwierigkeit einer Entlassung auf Preußen sprechen; der Altreichskanzler Fürst Bülow, der Kandidat der Schwerindustrie; Graf Kanhaun, der deutsche Gesandte in Kopenhagen; und Herr v. Kühlmann, der deutsche Botschafter in Konstantinopel; Graf Bernstorff, der frühere Vertreter des Reiches in Washington; eine ganze Anzahl Generäle und sogar einige der jetzt amtierenden Staatssekretäre. Auf den Namen kommt nun wenig an, alles hängt gegen auf das Programm. Der neue Reichskanzler muß sofort erklären, ob er das gleiche Wahlrecht in Preußen mit allen Mitteln durchzuführen entschlossen ist oder nicht; ob er den Verständigungsfrieden will oder den Kampf fortzuführen gedenkt, bis die Gegner in Gebietsabtretungen und Kriegsentwädigungen einwilligen. Er muß sofort bei der Bildung seines Ministeriums, bei der Auswahl seiner Mitarbeiter zeigen, ob er weiterhin bürokratisch oder auf neue Weise parlamentarisch zu regieren gedenkt. Ein rein parlamentarisches Ministerium ist leider im Augenblick nicht möglich, weil die Reichsverfassung dem im Wege steht, indem

ne verbietet, daß Reichstagsabgeordnete zugleich Bundesratsmitglieder sein können. Gleichwohl könnte der neue Reichstagskanzler einen Uebergangszustand schaffen, der von vornherein klar die Absicht erkennen ließe, in möglichst kurzer Frist zum reinen Parlamentarismus zu gelangen.

In jedem Falle — der neue Mann muß volle Klarheit schaffen. Wäre Herr v. Bethmann-Hollweg im Amt geblieben, so hätte in der Frage der Parlamentarisierung vielleicht ein Mittelweg gesucht und gefunden werden können, so hätte noch eine Zeitlang im Dunkeln bleiben können, ob der amtierende Reichstagskanzler seinen Posten durch das Vertrauen der Krone oder durch eine Uebereinstimmung mit der Reichstagsmehrheit hat. Jetzt läßt die Lage keinerlei Zweideutigkeit mehr zu, die Lösung muß einfach und klar erfolgen. Am besten würde sich die Krise von vornherein in den Formen vollziehen, die in den parlamentarisch regierten Ländern hergebracht sind: daß der Kaiser die Führer der Parteien zu sich holt, ihre Anschauungen über den Ministerwechsel sich vortragen läßt und dann den Mann wählt, der für seine Amtsführung das Vertrauen einer sicheren Reichstagsmehrheit genießt.

Klarheit ist gut, so sagt man. Nachdem die Dinge einmal so weit gediehen sind, wie jetzt, wird man auch nicht mehr darum herumkommen, ein völlig einheitliches Programm aufzustellen; es kann und darf im Interesse Deutschlands nur gipfeln in den Worten: Für Frieden und Freiheit!

#### Eine Besprechung mit Hindenburg und Lubendorff.

Hindenburg und Lubendorff hatten gestern die Fraktionsführer zu sich gebeten. Mit Ausnahme der „Unabhängigen“ waren auch alle Fraktionen durch zwei Mitglieder vertreten. Die Zusammenkunft fand, wie der „Hbg. Corr.“ meldet, im Reichstagsgebäude statt. Wie den Herren durch den Feldmarschall und seinen Generalstabschef eröffnet wurde, ist der Bewegung und, eine solche Konferenz herbeizuführen, der gewesen, daß es für beide Teile wohl wünschenswert erschienen sei, sich gegenseitig, jeder von seinem Gebiete aus, zu informieren und informieren zu lassen. Dementsprechend nahm besonders General Lubendorff die Gelegenheit wahr, den Parlamentarier Ausschüsse zu geben. Er war es fast ausschließlich, der das Wort führte, während Hindenburg nur gelegentlich, gleichsam bestätigend und ergänzend, eingriff. Dann war die Reihe an die Abgeordneten gekommen, um den Militärs über die politische Lage Aufschluß zu geben, insbesondere, wie sie sich im Rahmen der Kanzerkrise gestaltet hat. Hier war es besonders Graf Westarp, der den Sprecher machte, aber auch alle anderen Abgeordneten kamen zum Wort.

#### Warum?

Wir lesen in der heutigen Morgenausgabe des „Hbg. Corr.“: „Aus Berlin wird uns der Inhalt der Kriegsziel-Erklärung des Reichstages mitgeteilt. Das Oberkommando in den Marken hat jedoch, wie wir in späteren Nachrichten erfahren, die Genehmigung zur Veröffentlichung zurückgezogen.“

#### Gegen den Kanzler

Es ist nicht nur von den Schwerindustriellen, sondern auch von den Nationalliberalen Sturm gelaufen worden. Die nationalliberale Fraktion hat offiziell erklärt, daß sie die Krise als ungelöst betrachte, so lange Bethmann im Amt bleibe. Dasselbe wird auch von der Zentrumsfraktion behauptet.

In Zentrumskreisen, insbesondere in Süddeutschland, sowie in nationalliberalen Kreisen, die der Schwerindustrie angehören, werden ähnliche Erklärungen gegen die Friedensformel losgelassen. Die nationalliberale Landespartei Hessens forderte die Fraktion zur unbedingten Ablehnung dieser Formel auf.

#### Alteutsche Kampfmittel.

Der allerletzte Streich gegen Bethmann-Hollweg, den die Alteutschen geführt haben, war ganz besonders häßlich und gefährlich. Die „Deutsche Zeitung“ erzählte, Adolf Harnack, ein Freund des Kanzlers, habe an seine Nichte einen Brief geschrieben, daß Bethmann von vornherein nur einen unentbehrlichen Krieg geglaubt habe und das Friedensprogramm der Scheidemann und David auch das seine gewesen wäre; er habe auf die Gelegenheit gewartet, die nationalliberalen Widerstände zu zerhacken, und dieser habe sich ihm jetzt gebeten. Erzellen Harnack hat bereits die Erklärung abgegeben, daß er einen Brief dieses Inhalts niemals geschrieben habe. Politisch wichtiger ist die Feststellung, daß dieses ganze Gerücht, als habe Bethmann sich den Vorwurf der Sozialdemokratie für diese Friedensziele und gleiches Wahlrecht gemißtraut und als hätten Moste und Erzberger in geheimem Einverständnis mit Bethmann besprochen, unanständig ist. Schon ehe der Haushaltsausschuß zusammentrat, haben die betrieblernen Vertreter der Sozialdemokratie dem Kanzler keinen Zweifel gelassen, daß sie vor der diesmahligen Abstimmung über die Kriegskredite volle Sicherheit über den Lauf der inneren und äußeren Politik des Reiches, über die Friedens- und Wahlrechtsfrage, haben müßten. Herr von Bethmann war davon keineswegs erzittert und nicht im mindesten geneigt, darauf einzugehen, bis er unter dem Zwang der Verhältnisse eine leinere Widerstandslinie nach der anderen raumen mußte. Dieser Sachverhalt muß schon um deswillen festgestellt werden, weil gewisse Blätter ein sehr lebhaftes Interesse daran zeigen, den entscheidenden Anteil der Sozialdemokratie an der jetzt eingetretenen Entwicklung zu verdrängen.

Die Stellung anderer alteutscher Blätter, die Sozialdemokratie habe den Eintritt in eine Koalitionsregierung abgelehnt und das neu zu schaffende Reichsarbeitsamt werde daher einen Führer der christlichen Gewerkschaften übertragen werden, ist gleichfalls frei erfunden. Das liegt so klar auf der Hand, weil bisher noch niemand der Sozialdemokratie einen solchen Posten oder irgend ein anderes Ministeramt im Reiche oder in Preußen angetragen hat. Die Sozialdemokratie ist deshalb bisher auch nicht in die Lage gekommen, Bedingungen für ihren Eintritt in die Regierung aufzustellen. Alles, was darüber bisher geschrieben worden ist, ist entweder gänzlich erfunden oder stellt lediglich die primitiven Auffassungen einzelner Personen dar.

## Der Hauptausfluß abermals vertagt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte gestern der stellvertretende Vorsitzende Südekum mit, daß der Vorsitzende Spahn, der plötzlich von einer Krankheit befallen wurde, sich auf dem Wege der Besserung befindet. Auf seine Bitte wird er ermächtigt, im Namen des Ausschusses dem Präsidenten weiteren günstigen Fortgang der Genesung zu wünschen.

Abg. Ebert: Die Lage der Dinge sei leider noch nicht völlig geklärt. Die Reichsleitung habe noch nicht ihre endgültige Stellung zu unseren Kriegszieleforderungen mitgeteilt. Daher beantrage er, die Verhandlungen ab zu brechen und den Vorsitzenden zu beauftragen, den Ausschuß einzuberufen, sobald dies möglich sei. — Abg. Warneke (Dtsch. Frakt.) lenkt die Aufmerksamkeit des Ausschusses darauf, daß in die Presse Mitteilungen — zum Teil unrichtige — über die vertraulichen Verhandlungen gekommen sind. Das müsse unter allen Umständen verhindert werden.

Der Reichstagspräsident Kampff teilt mit: Der Abg. Erzberger habe in einem Schreiben empfohlen, der Präsident möge veranlassen, daß durch die Senur jede Mitteilung über die vertrauliche Sitzung mit Ausnahme des amtlichen Berichts verboten werde. Dann legte er einen Bericht des Direktors des Reichstages, Herrn Geheimrats Jungheim vor, aus dem sich ergibt, daß alle Vorlesungen getroffen seien, um Ungehörige von der Ausschlußung fernzuhalten. Jedoch stellten sich auch Herren, die im Reichstage nicht bekannt seien, als Vertreter der Reichsleitung ein. So habe man ermittelt, daß Angestellte von Kriegsgesellschaften im Sitzungssaale anwesend waren.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Er habe gestern abend Kenntnis von diesen Beschwerden erhalten und sofort alle Reichstagsstellen angewiesen, daß zu den Sitzungen außer den ständigen Bundesratsbevollmächtigten nur die ausdrücklich als Kommissare bestellten Herren erscheinen sollen, die für die Verhandlungen notwendig seien.

In der weiteren sehr lebhaften Aussprache werden sich insbesondere die Genossen Ebert, Hoch und Scheidemann gegen den Erzbergerischen Vorstoß. Sie weisen darauf hin, daß wir nicht zu wenig Senur, sondern zu viel vertrauliche Sitzungen haben. Auch die Fortschrittler und die Unabhängigen bekämpfen den Vorstoß. Schließlich stellt der Vorsitzende fest, daß Anträge in dieser Sache nicht gestellt worden sind. Die Angelegenheit werde dem Reichstagspräsidenten und den sonstigen zuständigen Stellen überwiesen werden.

Dann lehrte die Verhandlung zu dem Antrage Ebert auf Vertagung zurück.

Abg. Dittmann (U. S.) wendet sich gegen den Vorstoß. Ebert habe als Mundstück der Regierung gesprochen. Seiner Partei seien die Absichten der Regierung und die Verhandlungen mit den Regierungen nicht bekannt. Zunächst sollten hierüber Mitteilungen gemacht werden.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Abg. Ebert habe nicht als Mundstück der Regierung gesprochen; über das nötige Mundstück verfügte die Regierungsvertreter selbst.

Abg. Ebert stellt fest, daß seine Partei an die Reichsleitung bestimmte Forderungen gerichtet habe und Wert darauf legt, zu erfahren, welche endgültige Stellung die Reichsleitung dazu nehmen werde. Diese Erklärung der Regierung stehe nach aus; sie müßte abgegeben werden, bevor man fortfahren könne zu verhandeln. Er habe seinen Antrag auf Vertagung deshalb gestellt, weil der Kanzler erklärt habe, daß er jetzt noch nicht in der Lage sei, über die Stellung der Reichsleitung zu unseren Forderungen bezüglich der Kriegszielefragen eine endgültige Erklärung abzugeben.

Abg. Schiffer (N.) verlangt Auskunft, wo der Reichskanzler die Erklärung abgeben wolle. Wenn er es nicht im Ausschuß zu tun gedenke, könne ja der Ausschuß seine Verhandlungen ablehnen.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Nach dem, was hier verhandelt werden sollte, hatte der Herr Reichskanzler keine Veranlassung, in die heutige Sitzung zu kommen, zumal er durch andere wichtige Arbeiten in Anspruch genommen ist.

Die Vertagung wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen und einiger Konservativen beschlossen.

## Die Kriegslage.

Berlin, 13. Juli, abends. (Amstich.)

Der lebhafteste Feuerkampf in der West-Champagne dauert an. Im Osten nahm die Feuerstätigkeit zwischen Zlota Sipa und der Karajawia zu. Südlich des Tajeir ist die Lage bei kleinen Gefechten jählich ruhiger geworden.

Wien, 13. Juli. (Amstich.)

#### Deutscher Kriegszieleplan.

In Rumänien und bei der Herosgruppe des Generalobersten Sapschegs ist die lebhafteste Kampfstärke. An der Compica-Stellung wurden mehrere russische Fortschritte abgeblasen. In Belgradien lösten unsere Erkundungsabteilungen kellerweise reges Geschrei aus.

Italienischer und jüdischer Kriegszieleplan. Unverändert.

## Der Seetrieg.

Durch Seeflugzeuge aufgebracht.

Berlin, 13. Juli. (Amstich.) Unsere Seeflugzeuge brachten am 12. Juli abends in den Hesperden (Südliche Nordsee) den holländischen Segler „Aria“ mit Kanonware von De Houtre befreit als Bräute auf. Das Fahrzeug wurde später von unserer Torpedobooten nach Zebrügge eingeholt. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

## Allerlei Kriegsnachrichten.

Kadtritt des alienischen Ministeriums. Das Ministerium ist zurückgetreten.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Arbeitsplan des Reichstages.

Der Schwerebauern des Reichstages trat Freitagmorgens zu einer Sitzung zusammen und beschloß, es dem Reichstagspräsidenten zu überlegen, den Tag der nächsten Sitzung festzusetzen. Keinesfalls soll aber diese Sitzung nicht später als am

Donnerstag nächster Woche stattfinden. Die Senatoren berieten auch die Frage der größeren Geheimhaltung der Vorgänge in den vertraulichen Sitzungen des Haushaltsausschusses und beschlossen, eine Kommission einzusetzen, in die von jeder Fraktion ein Mitglied entsendet wird. Unter dem Vorsitz des Präsidenten und unter Zuziehung eines Vertreters des Reichsamts des Innern sollen dort Maßnahmen beraten und beschlossen werden, die eine größere Geheimhaltung der Vorgänge in den vertraulichen Sitzungen sicherstellen.

#### Das Zentrum für die Friedensinterpellation.

Berlin, 14. Juli. Wie bestimmt verlautet, beschloß das Zentrum in einer gestern kurz vor dem Zusammentritt des Einigungsausschusses der Parteien abgehaltenen Fraktionsitzung mit allen gegen zwei Stimmen, sich auf den Boden der geplanten Friedensentscheidung zu stellen, auch in dem Falle, daß sich die Nationalliberalen abseits halten sollten.

#### Große Taktlosigkeit.

In der Reichstagskommission für Handel und Gewerbe, die am Donnerstag die Vorlage über Wiederaufrüstung der deutschen Seeschiffahrt beriet, erschien als Vertreter der nationalliberalen Fraktion der neugewählte Abg. Stubmann, Generalsekretär des Deutschen Reederverbandes. Gebietet nicht das einfachste Taktgefühl, daß ein Abgeordneter, der so unmittelbar persönlich an einer Vorlage beteiligt ist, sich bei der Beratung derselben ein wenig im Hintergrunde hält?!

#### Der Ausschuß zur Beratung des Gesetzes über Fürsorge für Kriegsgefangene

unterzog diesen Gesetzentwurf am Donnerstag einer eingehenden Prüfung. Die Debatte drehte sich im wesentlichen um den Begriff der Gesundheitsstörungen, die als Dienstbeschädigungen zu behandeln sind, um die Verteilung der Beweislust, um die Anrechnung einer etwaigen Fürsorge feindlicher Staaten zugunsten in seinen Händen gefesselter deutscher Kriegsgefangener, um die Regelung des Rechtsweges, um die Einbeziehung von Zivilgefangenen. Ein Antrag Davidsohn, im Titel des Gesetzes statt „Fürsorge“ zu sagen „Versorgung“, wurde abgelehnt. Ein Antrag Dr. Cohn, der die unter das Gesetz fallenden Dienstbeschädigungen schärfer umschreibt, fand Annahme. Auf Antrag Keil wurde der Satz gestrichen, wonach ein Anspruch auf Versorgung nicht besteht, soweit der feindliche Staat auf Grund der Dienstbeschädigung Fürsorge gewährt. Auf Antrag Weinhause wurde Vorbehalt dagegen getroffen, daß die nicht auf Vertrag, sondern nur auf gesetzlicher Grundlage beruhenden Schadenerklärungen gegen Dritte an die Militärverwaltung abgetreten werden müssen. Im übrigen fand die Vorlage unperändert Annahme. Mit acht gegen sieben Stimmen wurde noch eine von den Polen beantragte Resolution angenommen, die um eine Vorlage ersucht, durch welche § 1 des Gesetzes auf deutsche Zivilpersonen ausgedehnt wird, die infolge der Kriegsereignisse im feindlichen Auslande festgehalten sind. Mit Stimmengleichheit wurde die zweite Forderung der Resolution abgelehnt, wonach § 2 des Gesetzes auf diejenigen Angehörigen feindlicher Staaten auszudehnen sei, die während des Krieges im Auslande festgehalten sind.

#### Dänemark.

Dänischer Wirtschaftsplan für 1917/18. Eine von der dänischen Regierung eingesetzte Kommission hat nunmehr den Ernährungs- und Wirtschaftsplan für das kommende Jahr veröffentlicht. Sein Kernstück ist eine umfangreiche Verringerung des Viehbestandes, die erfolgen soll, um die Ernährung der Bevölkerung mit Körnerfrüchten sicherzustellen. In der Begründung wird erklärt, daß man durch diese Zwangsmaßnahme den Fehler vermeiden wolle, durch den Deutschland so schwer Schaden gelitten habe, nämlich die massenhafte Verfütterung von Getreide und Kartoffeln an das Vieh. Trotz aller Verbote nehmen die Landwirte diese Verfütterung vor, um nicht ihren Viehstapel zu verringern und deshalb sei die Zwangsabklärung unvermeidlich. Nach den vorliegenden Angaben über das vorhandene Getreide dürfe in Dänemark nicht mehr als die Hälfte des Viehstades am Leben gelassen werden.

#### Norwegen.

Ein Gesetz gegen die Ausländer. Die Regierung hat wegen der großen Zuwanderung von Ausländern dem Parlament eine Vorlage über Einführung des Pässegesetzes unterbreitet. Der Gesetzentwurf hat bereits Annahme gefunden.

#### China.

Die Wirren. Die „Mening Post“ berichtet: Aus dem Hauptquartier der Republikaner, das sich in Tientsin befindet, wird gemeldet, daß die Vermittlungsversuche der Geländen der fremden Mächte an der Halskarrigkeit Tchang Huns gescheitert sind. Die Republikaner trugen sich mit der Absicht, die verbotene Stadt anzugreifen. Der neue Minister des Auswärtigen ist heute nach Peking gegangen, offenbar um mit den Geländen der fremden Mächte zu verhandeln. Die Republikaner behaupten, daß sie jetzt in und um Peking 60 000 Mann Militär zusammengezogen haben.

## Aus Südbert und den Nachbargebieten.

Samstags, 14. Juli.

Gegen einen Frieden der Verständigung, den Reichstagskanzler und die freiheitliche Entwicklung Deutschlands richtet die alldeutsche und konservative Presse jetzt wütende Artikel. Und die kleineren Organe dieser Kreise drücken fleißig aus den Spalten ihrer großen Vorbilder nach. Auf diese Weise lernen ihre Leser nur eine Karikatur der richtigen Vorgänge kennen. So finden sich heute im hiesigen Amtsblatt, abgesehen von anderen, Auslassungen der erwähnten Art, aus der Schwerindustriellen „Rhein. Westf. Zeitung“ und dem „Deutschen Kurier“, die dem angeblichen Zweite dienen sollen. Sie können jedoch nichts mehr an der Tatsache ändern, daß die übermächtige Mehrheit des deutschen Volkes einig ist in dem Verlangen nach Freiheit und einem baldigen Frieden der Verständigung.

Kleidung für Minderbemittelte. Wir erhalten diese Zeitschrift von einem hiesigen Kaufmann: „Sie schreiben in Ihrer Mittwochs-Ausgabe, daß von der Reichshilfsstelle verschiedene Bekleidungsgegenstände für die minderbemittelte Bevölkerung bereitgestellt werden sollten. Hoffentlich bemüht sich der Lübecker Staat aber der Kommunalverband auch um die Sache. Aus einer Bekanntmachung der Stadt Rostock ist zu ersehen, daß dort preiswerte Kinderkleidung für die wenig bemittelte Bevölkerung

haben sind. Ich meine, dafür besteht wohl in Lübeck auch ein Bedarf. Es werden sich gewiß Geschäfte genug finden, welche der Verkauf selbst mit dem allerkleinsten Nutzen gern zu übernehmen bereit sind. Vielleicht geben Sie dem Kommunalverband einen kleinen Rippenstoß, daß er auch ein bißchen für Lübeck sorgt.

**99 Gramm Butter** werden in der kommenden Woche auf den Kopf der Bevölkerung abgegeben.

Die Ausgabe der neuen Kartoffelkarten erfolgt in der Zeit vom 16. bis 20. Juli einschließlich und zwar nach dem Alphabet. Aus der Anzeige ist das Nähere ersichtlich.

Ein Pfund Kartoffeln, soweit solche zu bekommen sind, können in der kommenden Woche auf den Abschnitt 7 der allgemeinen Kartoffelkarte bezogen werden. Auf bestimmte Unterabschnitte wird Brot verabfolgt.

**Neue Vorschriften fürs Gewerbeleben.** Der Bundesrat hat eine Verordnung über Auskunftsspflicht beschlossen. Danach sind der Reichsstatler, die Landeszentralbehörden und die von diesen bestimmten Stellen berechtigt, jederzeit Auskunft über wirtschaftliche Verhältnisse jeglicher Art zu verlangen.

Als wirtschaftliche Verhältnisse werden in der Verordnung besonders erwähnt die Vorräte, sowie die Leistungen und Leistungsfähigkeit von Unternehmungen und Betrieben. Der Auskunftsspflicht sind, wie nach den früheren Bestimmungen, über Vorratserhebungen unterworfen landwirtschaftliche und gewerbliche Unternehmen, öffentlich-rechtliche Körperschaften und Verbände, sowie alle Personen, die Gegenstände, über die Auskunft verlangt wird, im Gewahrsam haben oder gehabt haben oder auf Lieferung solcher Gegenstände Anspruch haben. Naturgemäß bleibt die Auskunftsspflicht bei Privatpersonen auf diese Gegenstände beschränkt.

Die zur Auskunftseinholung berechtigten Stellen und die von ihr Beauftragten sind auch befugt, zur Ermittlung richtiger Angaben die Geschäftsbücher und Geschäftsbücher einzusehen, sowie Betriebseinrichtungen und Räume zu besichtigen und zu untersuchen, in denen Vorräte erzeugt, gelagert oder feilgehalten werden, oder in denen Gegenstände zu vermuten sind, über welche Auskunft verlangt wird. Die zuständigen Stellen sind, wie bisher, ferner befugt, die Einrichtung und Führung besonderer Lagerbücher vorzuschreiben.

Zum Schutze der betroffenen Unternehmer ist vorgesehen, daß die mit den Ermittlungen Beauftragten streng verpflichtet sind, Verschwiegenheit zu beobachten, sowie sich einer Verwertung der Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse, die sie in Erfahrung gebracht haben, zu enthalten. Wer dagegen verstößt, kann auf Antrag mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 15 000 Mark bestraft werden.

Auch bestimmt die Verordnung, daß das Ergebnis der Auskunft oder Ermittlung nicht zu steuerlichen Zwecken verwendet werden darf. Eine Nichterfüllung der Verpflichtungen, die sich aus den Bestimmungen der Verordnung auf Seiten der Auskunftspflichtigen ergeben, wird unter strenge Strafe gestellt, wobei eine Abmilderung erfolgt ist, je nachdem, ob Vorzug oder Fahrlässigkeit vorliegt. Die Vorräte, die verschwiegen worden sind, können als dem Staat verfallen erklärt werden, ob sie dem Auskunftspflichtigen gehören oder nicht.

**Schriftliche Genehmigung für Minderjährige beim Verlassen ihrer Arbeitsstelle.** In der Verordnung über die Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und in der Forstwirtschaft und die Heranziehung der Minderjährigen zu geistlicher Arbeit, die für den Bezirk des stellvertretenden Reichskommandos des IX. Armeebezirks am 1. April 1917 erlassen ist, ist in § 5 bestimmt, daß Minderjährige ihre Dienste oder Arbeitsstellen nur mit Genehmigung des Arbeitgebers verlassen dürfen. Die schriftlich erteilt werden muß, und in § 6, daß Arbeitgeber solche Minderjährigen, die bereits im Dienst- und Arbeitsverhältnis standen, nur dann befristigen dürfen, wenn durch Vorlegung einer schriftlichen Erklärung nachgewiesen ist, daß der Minderjährige die letzte Arbeitsstelle mit Genehmigung des Arbeitgebers verlassen hat. Es hat sich nun in den Kreisen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein Zweifel darüber eingestellt, ob diese Genehmigung zum Aufgeben der Arbeit noch besonders in einem Schriftstück erteilt werden muß, oder ob es als genügend anzusehen ist, wenn der Arbeitgeber in dem Arbeitsbuch des Arbeitnehmers eingetragen hat, daß der Arbeitnehmer bis zu einer bestimmten Zeit bei dem Arbeitgeber in Arbeit gestanden hat. Die beiden in Betracht kommenden Bestimmungen der vorgenannten Korpsverordnung sprechen, wie uns das Stadt- und Landamt mitzuteilen ersucht, ausdrücklich von einer „Genehmigung“, die dem Arbeitnehmer vom Arbeitgeber beim Verlassen seiner Dienststelle erteilt werden muß. Eine solche Genehmigung ist dadurch, daß der Arbeitgeber im Arbeitsbuch des Arbeitnehmers einen Vermerk über die Dauer des Arbeitsverhältnisses macht, zweifellos nicht erteilt; denn aus diesem Vermerk über die Dauer des Arbeitsverhältnisses geht in keiner Weise hervor, ob der Arbeitnehmer mit oder ohne Genehmigung des Arbeitgebers seine Arbeit aufgegeben hat. Mit Rücksicht hierauf wird man dazu kommen müssen, daß alle Minderjährigen, die ihre bisherige Dienst- oder Arbeitsstelle aufgeben wollen, um sich eine andere zu suchen, neben der Bescheinigung im Arbeitsbuch über die Dauer ihrer Beschäftigung, noch eine besondere schriftliche Erklärung ihres bisherigen Arbeitgebers beibringen müssen des Inhalts, daß dieser damit einverstanden ist, daß der betreffende minderjährige Arbeitnehmer die Arbeit bei ihm aufgibt und sich anderswo Arbeit sucht. Arbeitgeber werden also gut tun, dem minderjährigen Arbeitnehmer jedesmal eine besondere Genehmigungserklärung wegen dem Inhalt des Arbeitsbuches auszustellen, sofern sie unangenehme Weiterungen vermeiden wollen, die die Nichtausstellung einer solchen besonderen schriftlichen Genehmigungserklärung für sie und den Arbeitnehmer mit sich bringt.

**Die Zwei-Mark-Stücke sollen außer Kurs gesetzt werden.** Wie aus Berlin unterm 12. Juli amtlich gemeldet wird, hat der Bundesrat einen Verordnungsentwurf angenommen, wonach die Zwei-Mark-Stücke außer Kurs gesetzt werden.

**Neue Einberufung Kriegsbeschädigter.** Im Interesse der Kriegsbeschädigten wird im Anzeigerordnungsblatt bestimmt, daß Wehrpflichtige, die infolge von Kriegsbeschädigungen um 50 v. H. oder mehr erwerbsunfähig erkannt worden sind, im Bereich des Heeres auf Dienstvertrag beschäftigt werden dürfen. Von der Einberufung solcher Leute zum Heeresdienst auf Grund der Wehrpflicht ist daher abzusehen, sofern sie nicht selbst den freiwilligen Eintritt oder ein freiwilliges Verbleiben im Heere wünschen.

**Kriegsmusik.** Die Reichsstatler gibt nunmehr öffentlich zu, wie wir bereits mitteilten, daß sie, dem Rate der Marmeladefabriken folgend, mit ihrem System der Kriegsmusikherstellung hereingefallen ist und damit nicht nur den Anmut der Bevölkerung gefährdet, sondern auch wesentliche Teile wertvoller Nahrungsmittel vergeudet hat. Sie hat der Bevölkerung die zur Herstellung des Kriegsmusik benötigten Mengen von Obst, Zucker und Kohlrüben entzogen, ohne auch nur eine geringfügige Gleichmütigkeit dafür zu bieten. Es wäre nun recht interessant, endlich einmal zu hören, auf wessen jacobinische Rathschläge dieser Mißerfolg zurückzuführen ist. Würden sie vom Frauenbeirat des Kriegsernährungsamtes gegeben? Das scheint uns kaum glaublich. Fragte man Frau Hedwig Heyl oder Fräulein Elsa Hannemann? Beide hätten sicherlich geantwortet, daß man, wie es auch in ihren Kochbüchern steht, nur allzu sehr die Marmelade mit dem köstlichen und schmackhaften Kürbis zu streuen pflegte. Hat nun die Reichsstatler für dieses Jahr Zuzug getroffen, um den Kürbis zur Marmeladenherstellung heranzuziehen? Es wäre den Fabrikanten doch

# Der amtliche Kriegsbericht.

1917. Großes Hauptquartier, 14. Juli. (Amtlich.)

## Westlicher Kriegsschauplatz.

**Seezergrenze Kronprinz Rupprecht**  
An der Küste lagte gegen Abend hartes Feuer gegen unsere neuen Stellungen ein. Nachts bei Bombardierung vorbrechende englische Angriffe brachen verlustreich in unserer Abwehrwirkung zusammen.

Westlich und südlich von Ypern, sowie in einigen Abschnitten der Artoisfront war der Artilleriekampf lebhaft. Bei Vorkesselfechten nordwestlich von St. Quentin wurde eine Anzahl englische und französische Gefangene eingewrackt.

**Front Deutscher Kronprinz**  
Zwischen Soissons und Reims nahm die Feuerstätigkeit zu. In der westlichen Champagne und auf dem linken Massufer blieb der Artilleriekampf bis zum Einbruch der Dunkelheit hart. Erkundungsvorstöße der Franzosen wurden an mehreren Stellen abgewiesen.

Südlich des Bois Sculains (nördlich von Reims) setzten sich unsere Sturmtruppen in den Besitz französischer Grabenstücke und hielten sie gegen mehrere Gegenangriffe.

Südwestlich von Somme a. H. verwickelte unser Feuer einen sich vorbereitenden feindlichen Vorstoß. Im Walde von Avocourt wurden von uns mehrere Gefangene gemacht.

**Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.**  
In der Lothringischen Ebene waren die Artilleriekämpfe eifriger als sonst. Am Westhänge der mittleren Vogesen verliefen eigene Erkundungen erfolgreich.

21 feindliche Flieger und 1 Feindballon wurden gestern im Luftkampfe und durch Abwehrfeuer zum Abbruch gebracht.

**Westlicher Kriegsschauplatz.**  
Seezergrenze des Prinzen Leopold von Bayern.  
Bei Danaburg und Smorgon hielt die reg. Geschützkämpfung an.

In Ostgalizien war das Feuer nur im Abschnitt von Brzeczany lebhaft.  
Starker Regen beeinträchtigte auch südlich des Dniepr die Kampfhandlungen. Dort kam es nur südlich von Kalusz zu örtlichen Zusammenstößen.

Bei den übrigen Armeen und an der mazedonischen Front ist die Lage unverändert.

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

gen in Deputationen und Kommissionen wegen des Widerstandes der Handels- und Landwirtschaftskammer, anfänglich auch der Gewerbetammer, nicht zu erreichen war — der Krieg hat die Sache der Vermittlung erheblich näher gebracht. Die anfängliche Arbeitslosigkeit machte es dringender notwendig, daß der Staat eingriff, um eine Regelung der Arbeitsvermittlung herbeizuführen. Es wurde sowohl ein öffentlicher Arbeitsnachweis wie eine Zentrale für Arbeitsnachweise geschaffen, unter Beibehaltung der Facharbeitsnachweise und unter gleichzeitiger Fiktion mit diesen. Diese provisorische Einrichtung zu einer ständigen zu machen und zeitlich zu funktionieren, ist der Zweck einer Senatsvorlage, die gestern abend die Bürgerschaft beschickte. In der Debatte handelte es sich, da im Prinzip über die Vorlage vorweg Einigkeit unter den beteiligten Gruppen herbeigeführt war, lediglich um Vorträge von sozialdemokratischer Seite, die einmal eine Verstärkung des Vorstandes von 5 auf 7 Personen forderten, um eine stärkere Vertretung der reorganisierten Gewerkschaften zu sichern, sodann eine Klausel verlangten, durch die im Falle von Streiks gewährleistet wurde, daß der Arbeitsnachweis nicht zur Streitreuevermittlung Verwendung finde. Vom Senatstand sowohl wie aus den Kreisen der Gewerbetreibenden fanden die Vorträge Widerstand. Trotz der Befürwortung durch die Herren Hermann und Dr. Böhmert, die neben den sozialdemokratischen Rednern Tiedemann und Rhein nachwies, daß gerade die Neutralität des Nachweises die Annahme der Vorträge erforderlich, wurde abgelehnt, die Arbeitsvermittlung im Falle der Streiks zur Vermittlung an die Arbeitssuchenden zu verpflichten sowohl wie auch den beteiligten Gruppen eine Befreiung durch Anschlag in dem Rahmen des Arbeitsnachweises zu gestatten. Das ganze Geßel fand dann Ausnahme; unsere Genossen stimmten für das Geßel. — Eine nicht minder heisse Debatte rief eine Vorlage auf Erhöhung des Gaspreises von 13 $\frac{1}{2}$  auf 16 Pfg. pro Kubikmeter hervor. Vom Senatstand wies man auf die zogen Schwierigkeiten hin, die dem Gaswerk heute bei der Produktion entstehen und suchte die Notwendigkeit der Erhöhung unter Hinweis auf die eintretende Kohlensteuer und sonstige Verteuerungen darzutun. Rhein (Soz.) wies nach, daß die Verschlechterung des Gases schon seit Oktober 1915 eine wesentliche Verteuerung für die Ware auch ohne Preisserhöhung mit sich gebracht habe und daher größte Vorbehalt am Werke sei, ehe man die minderbemittelten Kreise, die hauptsächlich Gasconsumenten seien, mehr belaste. Die Vorlage wurde angenommen. — Eine dritte lebhaft umstrittene Frage, die gestern zur Erledigung kam, war der Antrag auf Wiederaufnahme des Unterrichts in sämtlichen Klassen aller Schulen nach den Sommerferien. Es handelt sich darum, ob der vaterländische Hilfsdienst der Jugendlichen oder ihre Ausbildung höher bewertet werden und für notwendiger angesehen werden muß. Ein abgeänderter Antrag Dr. Dieb, nach dem Ferien möglichst in allen Schulen den Unterricht wieder aufzunehmen, fand schließlich Annahme.

## Gewerkschaftsbewegung.

Die Lohnbewegungen des Fabrikarbeiterverbandes erstreckten sich im Jahre 1916 auf über einhunderttausend Personen, eine selbst in Friedenszeiten nie erreichte Rekordzahl. Abgesehen von Arbeitszeitverkürzungen und erfolgreichen Abwehrkämpfen, wurde allein an Lohnaufbesserung 45 Millionen Mark herausgeholt, eine Zahl, die mit überwältigender Kraft den Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation predigt.

Gegen die Wiedereinführung der Nachtarbeit nimmt der Bäckerverband mit größter Entschiedenheit Stellung. Zur Einschränkung des Kohlenverbrauches der Bäckereien sollen angeblich die Betriebe zusammengelegt werden, damit die modernsten Maschinenbetriebe ihre Leistungsfähigkeit voll ausnutzen können. Man erhofft davon auch eine Erleichterung an Mehl. Die organisiertesten Bäcker fürchten jedoch, daß dabei auch die Nachtarbeit wieder eingeführt werden soll, obwohl die Regierung das bisher bekräftigt. Sie erheben gegen diese Vorschläge aus sozialen Gründen fröhlichen Widerspruch, weisen aber auch darauf hin, daß dann an Brot verloren ginge, was etwa an der Heizung der Bäckereien gewonnen würde. In Österreich ist das Verbot der Nachtarbeit schon durchlässig worden, indem einzelnen Betrieben zur ausserordentlichen Vorkaufung der Bevölkerung der durchgehende Betrieb wieder gestattet wurde.

## Neueste Nachrichten.

### Der neue Reichsfinanzler.

**W. Berlin, 14. Juli.** Es bestätigt sich, daß die vom Reichsstatler von Bethmann-Hollweg erbetene Entlassung aus seinen Posten bewilligt und zu seinem Nachfolger der bisherige Unterstaatssekretär im preussischen Finanzministerium und Staatskammilar für Ernährungstragen Dr. Michaelis ernannt worden ist.

### Ein englisches U-Boot in die Luft geflogen.

**W. London, 14. Juli.** (Neuermeldung.) Das Groß-U-Boot „Banguard“ ist in der Nacht zum 9. Juli, während es vor Unterlag, in die Luft geflogen und sofort gesunken. Die Ursache ist eine innere Explosion. Getretet sind nur 2 Mann und 1 Offizier. Letzterer ist inzwischen gestorben. 25 Mann von der Besatzung waren zur Zeit der Explosion nicht auf dem Schiff. Eine Untersuchung ist angeordnet.

**Berlin, 13. Juli.** (Amtl.) Im engl. Kanal und in der Nordsee wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote wiederum 6 Dampfer, 2 Segler und 7 Fischereifahrzeuge versenkt. Darunter befanden sich der englische Dampfer „Solway Prince“, der englische Motorjunker „Ariel“ mit Paraffin, Naphtha und Kohle, der bewaffnete französische Dampfer „Marguerite“, ein durch Flieger und Bewachungsfahrzeuge gesicherter bewaffneter Dampfer von mindestens 6000 Tonnen, ein mittelgroßer Dampfer mit Papier, Papiermasse, Gruben- und geschnittenem Holz, der aus dem Geleitjuge herausgeschossen wurde, und ein Dampfer, der die Nummer 54 an der Bordwand führte.

**Der Chef des Admiralsstabes der Marine.**

**Lugano, 13. Juli.** Die italienische Kammerführung auf dem Monte Citorio brachte von ein Finanzexperte des Schatzministers Carcano, wonach die ungedeckten Kriegskosten nur etwas über 20 Milliarden betragen sollen und die Staatseinnahmen des letzten Jahres sich um 1 $\frac{1}{2}$  Milliarden gesteigert hätten.

Von den letzten Reden ist die des Sozialisten Treves gegen den Imperialismus bemerkenswert, die mit den Worten schloß: „Von allen Fronten tönt der Ruf, der kommende Winter darf die Armeen nicht mehr im Schützengraben finden.“ Dann erklärte Ministerpräsident Solferi wie gewöhnlich seinen Glauben an das Heer und den Sieg.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Hans Ostling. Der gelamten Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: J. H. Schwarz. Druck: Friedr. Neves & Co. Sämtlich in Lübeck.

# Immer das Gleiche

in anerkannt guten Qualitäten, großer Reichhaltigkeit der Sortimente zu angemessenen Preisen zu bringen, ist und bleibt der Hauptgrundsatz meines Hauses. Hier nur wenige Beispiele:

## Schürzen

Farbige Zierschürzen kleines Blumenmuster . . . . .	1.10
Farbige Zierschürzen runde und spitze Form . . . . .	1.25
Farbige Zierschürzen Blusenform, Satin mit Bordüre . . . . .	1.60
Weißer Zierschürzen ohne Latz mit Bordüre . . . . .	68 <sup>4</sup>
Weißer Zierschürzen ohne Latz mit Einsatz . . . . .	98 <sup>4</sup>
Weißer Zierschürzen aus gemustertem Stoff mit Stickerei . . . . .	1.35

## Handschuhe

Poröse Damen-Handschuhe Perl-Filet und gemustert, weiß und farbig . . . . . Paar	65 <sup>4</sup>
Poröse Damen-Handschuhe Perl-Filet mit Seidenglanz, weiß und farbig . . . . . Paar	95 <sup>4</sup>
Poröse Damen-Handschuhe Perl-Filet, haltbare Qual., weiß, schwarz und farbig . . . . . Paar	1.25
Poröse Damen-Handschuhe Perl-Filet, Prima Flor-Qual., in schönen hellen Farben . . . . . Paar	1.95
Poröse Damen-Handschuhe Perl-Filet, reine Seide, weiß, schwarz und farbig . . . . . Paar	2.25
Poröse Damen-Handschuhe Perl-Filet, reine Seide mit verstärkten Fingerspitzen . . . . . Paar	2.75

## Modewaren

Blusen- u. Jacken-Kragen nach und Rollform, entzückende neue Muster . . . . . 1.75 2.25	1.50
Falten-Roll-Kragen in Tüllspitze . . . . . 1.45	1.25
Neueste Blusen-Kragen U-Bock- und Capuchon-Form, in reicher Auswahl . . . . . 3.25 4.50	2.25
Blusen-Kragen für den modernen ovalen Ausschnitt 5.25 6.95	2.50
Fichu in Tüll und Batist in hübschen Ausführungen . . . . . 2.75 3.50	1.95
Blusen-Schleifen in Tüll . . . . . 2.25 1.95	1.65

## Strümpfe

Ausstellung im ersten Lichthof.

Baumwolle mit Laufmaschen, schwarz . . . . . Paar	68 <sup>4</sup>
Baumwolle glatt, haltbare Qualität, schwarz, leder und grau . . . . . Paar	85 <sup>4</sup>
Baumwolle durchbrochen, schöne Muster, schwarz . . . . . Paar	95 <sup>4</sup>
Baumwolle durchbrochen, gute Quali- tät, schwarz . . . . . Paar	1.10
Baumwolle glatt, vollständig nahtlos, schwarz und lederfarbig . . . . . Paar	1.35
Baumwolle glatt, haltbare Ware, ver- stärkte Ferse und Spitze, lederfarbig . . . . . Paar	1.45
Flor mit Seidengriff, durchbrochen, Lauf- maschen-Muster, schwarz . . . . . Paar	1.50
Flor kräftige Qualität, durchbrochen, gute Muster, schwarz . . . . . Paar	1.65
Baumwolle best. Garn, besond. verstärkt, breiter Rand, Hochferse und Doppelsehle, haltbar, Straßenstrumpf, schwarz . . . . . Paar	1.95
Baumwolle nahtlos, stark gestrickt, be- sonders haltbar, schwarz . . . . . Paar	1.95
Flor bester Ersatz für Seide in feinem Ge- webe, breiter Doppelrand, Hochferse und Doppelsehle, moderne Lederfarben . . . . . Paar	2.10
Baumwolle prima Mako-Garn, sehr haltbare kräftige Ware, Hochferse und Doppelsehle, schwarz . . . . . Paar	2.25
Baumwolle weiche Qualität, als Ersatz für Wolle, mit Wollsohle, schwarz . . . . . Paar	2.25
Baumwolle dauerhaftes Gewebe, schwarz mit weißen schmalen Streifen . . . . . Paar	2.45
Flor stumpf, extra schwerer Straßenstrumpf mit Hochferse und Doppelsehle, schwarz . . . . . Paar	2.45
Flor stumpf mit breitem Doppelrand, Hoch- ferse und Doppelsehle, mit vornehmer Stickerei in schwarz . . . . . Paar	2.50
Flor mit Seidengriff, feines Gewebe mit be- sonders verstärktem breitem Rand, Hoch- ferse und Doppelsehle, schwarz . . . . . Paar	2.75
Flor mit Seidenglanz, vorzügliche Qualität, verstärkter Ferse und Spitze, in schwarz mit eleganten farbigen Streifen . . . . . Paar	2.75
Flor sehr gut. Seidenersatz in feinem Gewebe, mit breit., extra verstärktem Rand, Hoch- ferse und Doppelsehle, schwarz und lederfarbig . . . . . Paar	3.25

## Ansatz-Füße f. Damen-Strümpfe

Baumwolle schwarz . . . . . Paar	75 <sup>4</sup>
Baumwolle starke Ware, schwarz . . . . . Paar	1.20

## Elegante Herren-Socken in reichhaltiger Auswahl.

## Herrenartikel

Herren-Strickbinder aus Kunstseide in eleg. Farbstellung . . . . . 3.25 1.95	1.75
Herren-Diplomaten-Binder Foulardseide, in all. mod. Farb., sehr feschl Qualität . . . . .	1.75
Herren-Sportkragen in besten Qualität, mit spitzen und runden Ecken . . . . . 1.75	1.50
Herren-Sporthemden mit Sportkragen aus gutem Panamastoff . . . . . 8.50	6.25
Herren-Oberhemden in schönen Mustern . . . . . 5.50 4.75	3.95
Herren-Hosenträger erstkl. Ausführ., in Band mit elastischen Ersatzteilen oder mit Gummirückenteil . . . . . 3.50 2.75	2.25

## Taschentücher

Weißer Linon-Taschentüch. für Damen und Herren, gebrauchsfertig . . . . . 1/3 Dtzd.	1.50
Weißer Linon-Taschentüch. mit bunten Kanten, gebrauchsfertig . . . . . 1/3 Dtzd.	2.25
Linon-Taschentücher für Herren, mit handgestickten Buch- staben . . . . . 1/3 Dtzd.	4.25
Rein-Leinen-Taschentüch. für Herren, mit handgestickten Buch- staben . . . . . 1/3 Dtzd.	5.25
Buchstaben-Taschentüch. für Damen, weiß Batist mit Hohlraum . . . . . 1/2 Dtzd.	2.40
Buchstaben-Taschentüch. für Damen, rein Leinen mit Hohlraum . . . . . 1/3 Dtzd.	5.75

1800

## Korsette

Korsetts aus gestreiften Stoffen mit Halter . . . . .	5.25
Korsetts aus gr. Leinen ausgebogen und Halter . . . . .	5.95
Korsetts aus gemusterten Stoffen mit Spitzen . . . . .	7.50
Korsetts aus gebl. starken Stoff, elegant garniert . . . . .	7.95
Korsetts creme Batist, ausgebogen und Halter . . . . .	8.50
Korsetts aus Leinen-Drell, für starke Damen . . . . .	9.25

# Rudolph Karstadt · Lübeck

## Stockholm. Ausruf!

### Proletariat aller Länder vereinigt Euch! Einladung zur Stockholmer Internationalen Konferenz am 15. August und folgende Tage.

Der Krieg dauert bereits drei Jahre und noch ist sein Ende nicht absehbar. Zur Vorbereitung der notwendigen Lösung hat der Petrograder Arbeiter- und Soldatenrat die Initiative ergriffen, unter dem Banner der russischen Revolution eine internationale Konferenz der sozialistischen Welt einzuberufen. Dieser Vorschlag, dem übrigens gleichlaufende Absichten zahlreicher sozialistischer Parteien vorausgingen, wurde gutgeheißen durch den allrussischen Kongreß der Arbeiterräte.

Der Zweck der Konferenz ist die Vereinigung aller Kräfte des internationalen Proletariats zur Herbeiführung des Friedens ohne Annexionen und Kontributionen, gegründet auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Um ihre Aufgabe zu gutem Ende zu führen, hat sich die russische Abordnung die tatkräftige Mitarbeit des holländischen Komitees gesichert, das seine Pläne auf die russische Initiative gestützt und bereits in gesonderten Konferenzen mit der Mehrzahl der sozialistischen Parteien zahlreiche Fragen präzisiert hat.

Zur Vorbereitung der allgemeinen Konferenz wurde ein Organisationsbureau eingesetzt, bestehend aus Vertretern des russischen und holländisch-skandinavischen Komitees. Dieses Bureau hat, um alle Streitigkeiten zu vermeiden, beschlossen, die Zulassungs- und Abstimmungsregeln der ordentlichen internationalen Kongresse möglichst genau innezuhalten.

Beide Körperschaften haben alle dem Internationalen Bureau angeschlossenen Parteien, auch die während des Krieges beigetretenen, sowohl die Mehrheiten wie die Minderheiten und die als selbständige Parteien konstituierten Oppositionen, ebenso die der Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen Gewerkschaften ein.

Die Konferenz findet in Stockholm am 15. August und die folgenden Tage statt.

#### Vorläufige Tagesordnung:

1. Der Weltkrieg und die Internationale.
2. Das Friedensprogramm der Internationale.
3. Die Mittel und Wege zur Verwirklichung dieses Programms und zur schnellen Kriegsbeendigung.

Die Organisatoren der allgemeinen Konferenz sind tief überzeugt, daß, um zur Beendigung des Weltkrieges beizutragen, die Internationale alle sozialistischen Parteien und Gewerkschaften wird dahin bringen müssen, jegliche Zusammenarbeit mit den Regierungen abzulehnen, die die Angabe ihrer Kriegsziele verweigern oder offen oder versteckt imperialistische Ziele aufgestellt haben und den Verzicht darauf verweigern.

Überzeugt, daß Ihre Organisation auf diesem Standpunkt steht und bereit ist, diese Verpflichtungen zu übernehmen, ohne Zögern noch Abschwächung die diesen Grundätzen entsprechenden Beschlüsse der allgemeinen Konferenz durchzuführen, bitten wir Sie, durch eine Abordnung an der von dem russischen Kongreß und dem holländisch-skandinavischen Komitee einberufenen Internationalen sozialistischen Konferenz teilzunehmen und Ihre Vertreter nach Stockholm zu entsenden.

Wenn Sie im Konferenzprogramm nicht vorgezeichnete Fragen unterbreiten wollen, müssen diese Vorschläge beim Organisationsbureau der Internationalen Konferenz: Stockholm, Uplandsgatan 14, bis zum 5. August eintreffen.

Mit sozialistischen und brüderlichen Grüßen!

Für die Abordnung des russischen Kongresses der  
Soldaten- und Arbeitervertreter:  
Ehrlich, Goldenberg, Kojanoff, Kusanoff, Smirnow.

Für das holländisch-skandinavische Komitee:  
Troelstra, van Kol, Albarba. (Ersatzmann: Vliegen).  
Wibaut. (Ersatzmann: Branting.) Söderberg, Möller.  
Vorgberg, Hammer. (Ersatzmann: Bang.)  
Für das Sekretariat: Haysmans, Engberg.

Die Abordnung des allrussischen Arbeiter- und Soldatenkongresses stellt mit Bedauern fest, daß sie die Mitarbeit der Internationalen sozialistischen Kommission in Bern für die Vorbereitungsarbeiten der Allgemeinen Konferenz nicht erlangen konnte. Die Abordnung hielt sich für verpflichtet, die Hilfe dieser Kommission sich zu sichern, nicht allein, weil ihr Mandat dahin lautete, sondern auch, weil alle sozialistischen Parteien, die ihre Tätigkeit in Rußland entwickelten, der Zimmerwalder Union angeschlossen sind.

Uns erschien die Teilnahme der Berner Kommission an der Vorbereitung der Allgemeinen Konferenz umso notwendiger, als eine beträchtliche Anzahl der großen Parteien in Rußland und im Auslande der Berner Kommission angehören und ihren Wunsch dahin geäußert haben, an der vom Arbeiter- und Soldatenrat vorgeschlagenen Konferenz teilzunehmen. Wie dem auch sei, die gegenwärtig durch vier in Stockholm anwesende Mitglieder gebildete Berner Kommission hat die Teilnahme an den Vorbereitungsarbeiten zurückgewiesen, ohne im übrigen die eventuelle technische Hilfeleistung für die Abordnung zu verweigern.

Die Zimmerwalderkonferenz, auf der die Frage der Teilnahme an der Allgemeinen Konferenz beraten wird, findet fünf Tage vor Zusammentritt der letzteren statt.

### Einladung an die amerikanischen Sozialisten zum internationalen Sozialistenkongreß.

Der „Matin“ meldet aus New York: Der Sekretär der Sozialistenpartei der Vereinigten Staaten, Hillquit, erhielt vom russischen Arbeiter- und Soldatenrat eine amtliche Einladung, an der internationalen Sozialistenkonferenz Europas teilzunehmen. Die Einladung ist von Tschelise unterzeichnet und drückt die Hoffnung aus, daß die Sozialistenpartei der Vereinigten Staaten es als ihre Pflicht betrachten werde, Vertreter zu der Zusammenkunft zu entsenden. Die Antwort Hillquits besagt: Die Sozialistenpartei der Vereinigten Staaten sei immer bereit gewesen, mit den sozialistischen Vertretern anderer Länder zu einer Konferenz zusammenzutreten. Sie nehme die Einladung gern an, falls die Regierung der Vereinigten Staaten die Reise zulassen werde.

### Wie sich das Zentrum anpaßt.

Die dem Merkantilismus eigene Anpassungsfähigkeit an das Unvermeidliche zeigt sich auch jetzt wieder bei der politischen Neuordnung. Zunächst hat das Zentrum versucht, die Neuordnung mit den Konservern gegen die Linke zu machen; als aber die Junker, die bekanntlich keine „Konsequenzmacher“ sind, versagten, suchte es im letzten Augenblick Anschlag an die andere Seite. Das Zentrum hat keine Grundfäße, sondern kennt nur „Fragen der Zweckmäßigkeit und politischen Notwendigkeit“, wie die „Germania“ dieser Tage etwas zu offenhertzig verriet. Das gleiche Wahlrecht für Preußen ist von der Zentrumstraktion des Abgeordnetenhauses vor kurzem preisgegeben worden, und selbst der Arbeiterführer Giesberts war für ein Pluralistensystem. Heute, nachdem der Widerstand gegen die Gleichheit des Wahlrechts mit politischer Lebensgefahr verbunden ist, gibt es für das Zentrum nichts Selbstverständlicheres als das gleiche Wahlrecht.

Bis vor wenigen Tagen hat die gesamte Zentrumspreffe den Standpunkt vertreten, daß die Neuordnung unter keinen Umständen während des Krieges gemacht werden dürfe; denn das sei Störung des inneren Friedens und Misgünstung der draußen weilenden Krieger. Als ob eine ärgere Störung

des inneren Friedens denkbar wäre wie der Fortbestand der politischen Entrechtung der erdrückenden Mehrheit des Volks, und als ob nicht gerade in den Reihen der Selbstgrauen des Reiches nach schleunigster Herbeiführung einer gründlichen demokratischen Neuordnung am ungünstigsten wäre! Abgesehen natürlich von der durch die gegenwärtigen realistischen Zustände persönlich begünstigten kleinen Minderheit, nachdem es sich aber als gänzlich aussichtslos erwiesen hat, die Reformen zu verschleppen, ist nun auch das wackere Zentrum bei der Partei. Auf die Erklärung der Herren Delbrück, Harnack, Rohrbach, Kernst, Graf Monts usw. schrieb die „Köln. Volksztg.“ (Nr. 512 vom 3. Juli):

„Die Osterbotenschaft des Kaisers verheißt die Reformen nach dem Kriege. Übrigens ohne das gleiche Wahlrecht zu versprechen. Unter diesen Umständen werden die Herren Harnack, Graf Monts usw. sich wohl noch etwas in Geduld und Mühseligkeit üben müssen.“

Als eine offene Verhöhnung der Freunde einer beschleunigten Neuordnung! Ein anderes Zentrumsblatt, die „Germania“, wandte sich noch am Donnerstag morgen, also nach der Veröffentlichung des Erlasses, der das gleiche Wahlrecht verheißt, gegen die „Dränger und Stümer“, denen der „friedliche Umsturz“ im Reiche nicht schnell genug übers Knie gebrochen werden kann.“ Die „Germania“ hatte ihre Morgenausgabe für den 12. Juli schon fertiggestellt, als gegen Mitternacht des 11. Juli der kaiserliche Erlass bekannt wurde. In dem Artikel wird auch der fortschrittseindliche Standpunkt vertreten, daß die Krone „kein Zeta von ihren Rechten“ freigeben solle, „wenn die unausweichliche Notwendigkeit nicht als vorliegend erkannt werden muß, und daß sie nicht grundsätzlich zurückweicht, allein um des trübsamen Augenblicks willen“. So kann nur schreiben, wer die Krone im Widerstand gegen das Begehren nach Erweiterung der Volksrechte zu stärken wünscht.

Einer der ärgsten außen- und innerpolitischen Scharfmacher war bisher der Berliner Vertreter der „Köln. Volkszeitung“. Als kürzlich Roske und Müller-Meinungen dem Reichskanzler angriffen, weil er die Wahlrechtsreform erst nach Friedensschluß in Angriff nehmen wollte, schrieb dieser Herr („Köln. Volksztg.“ Nr. 250): „Es ist seltsam, daß die Linke gar so sehr drängt, ihre parteipolitischen Forderungen noch während des Krieges unter Dach zu bringen. Traut sie so wenig der Kraft und Größe der kommenden demokratischen Welle und der großen Zeit des Liberalismus, von der ihre Führer soviel sprechen und schreiben?“ Der ganze Artikel ist so gehalten, als ob die preussische Wahlrechtsreform eine rein private Angelegenheit der Sozialdemokratie und des Freisinnus sei. Und nun lese man, wie der nämliche Verfasser heute geradezu darauf brennt, daß die Reformen mit größter Beschleunigung vollzogen werden. Er schreibt in Nr. 534 der „Köln. Volksztg.“ vom 11. Juli:

„Wie die Dinge geworden sind, dürfte es kein Jurist mehr geben; die Reformen müssen jetzt schnell kommen, die Wünsche des Parlaments müssen rasch erfüllt werden. Der politische Streit hat die Forderungen so schnell gesteigert, daß heute die Osterbotenschaft des Kaisers längst überholt ist. Die Wahlrechtsänderung für Preußen kann nicht mehr bis zum Friedensschluß verschoben werden. Das preussische Wahlrecht wird kaum wesentlich anders aussehen können, als das Reichstagswahlrecht mit entsprechender Anpaßung an die preussischen Verhältnisse.“

Nach der Osterbotenschaft klagte die katholische „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ (M.-Gladbach) über die „Eiseskühe“, mit der ein Teil der Zentrumspreffe der Ankündigung der Reformen begegnete. Jetzt steht eines dieser Zentrumsblätter sich gezwungen, die Osterbotenschaft als „längst überholt“ zu bezeichnen.

Das ist das Zentrum!

### Die politische Krise

Ist aus dem schleichenden plötzlich in ein akutes Stadium getreten. Der Reichstag reduzierte gestern nicht nur damit, daß der bisherige Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg sein Entlassungsgesuch eingereicht habe, sondern daß es bereits angenommen worden sei. Es ist selbstverständlich, daß damit eine Verlegung des parlamentarischen Betriebes eintreten mußte. Somit der Hauptausfluß seine Beratungen einstellte, setzte auch das Plenum alle Geschäftswirke von seiner Tagesordnung ab und besaßte sich nur mit einer langen Reihe kleiner Anfragen, die in der üblichen Weise erledigt wurden. Aus dem Kreis dieser Anfragen sind einige erwähnenswert. Er fragte unsere Fraktion durch den Genossen

### Es fauß das Rad . . .

Eine Erzählung aus dem amerikanischen Arbeiterinnenleben.  
Von Dorothy Richardson.  
Einzig berechtigte Uebersetzung von Werner Peter Larßen.

Schlusß. Nachdruck verboten.

#### Schlusßwort.

Es sind nun drei Jahre seit jenem Juni-Abend vergangen, an dem ich Minnie wieder traf, aber ich habe von diesen drei Jahren nicht nennenswert viel zu erzählen, denn besterzweckteste arbeitende Frauen erleben nicht viel; ihre Tage gehen einem ruhigeren Gang.

Minnie und ich wohnen das ganze erste Jahr über zusammen, nun aber ist sie mit einem jungen, energischen Kaufmann glücklich verheiratet, hat einen prächtigen kleinen Bubchen und wohnt in einem Landhause ein Stückchen draußen vor der Stadt. Ich aber arbeite weiter und werde wohl auch weiter arbeiten mein Leben lang. Aber ich verdiene nun gut und bin bemüht, mir mein Leben möglichst behaglich zu gestalten.

Als ich Minnie damals zum erstenmal wieder traf, war ich, wie man zu sagen pflegt, geradezu auf den Hund gekommen, nicht nur körperlich, sondern auch geistig und ökonomisch. Deshalb nahm sie mich in ihre kleine Zweizimmerwohnung auf und dort wohnen wir dann also zusammen bis zu ihrer Verheiratung. Einige Wochen, nachdem ich zu ihr gezogen war, verschaffte sie mir eine Stellung in einem großen Geschäft, wo ich vier Monate über Stenographen, Bänder usw. für vier Dollar in der Woche verkaufte; später erhielt ich in dem gleichen Geschäft einen höheren Posten, der mit acht Dollar in der Woche bezahlt wurde. Mir hatten nur wenig Mittel zu bezahlen und kamen also beide ganz gut durch; — nun aber dachte ich daran, Maschinenschreiben und Stenographie zu erlernen.

Eine meiner Kolleginnen besuchte abends einen Buchhaltungslehrgang; ich beschloß also auch, einen Abendkurs zu besuchen. — So, lange Wochen lang ich fünf Abende in der Woche

auf der Schulbank, den Sonntagabend aber benützte ich dazu, meine Kleider und Wäsche instand zu bringen, und am Sonntag las ich Bücher, von denen ich hoffte, daß sie mir bei meinem Fortkommen nützlich sein könnten. Besonders viel verdanke ich einem Buche, auf das ich volle sechs Monate hatte warten müssen, bevor ich es aus der Bibliothek bekam: Booker Washingtons: „Aus dem Sklavenland empor.“ — Dieses Buch war das erste, das mir zeigte, was mir und allen anderen Frauen fehlte, die jahraus, jahrein um Hungerlöhne arbeiteten, weil sie noch nicht zu sich selbst erwacht sind und es noch nicht begriffen haben, daß sie sich zummentun und Schulter an Schulter kämpfen müssen, wollen sie in den Besitz ihrer Menschenrechte gelangen.

Als ich die Stenographie erlernt hatte, handelte es sich darum, eine Stellung zu finden, die ich auch wirklich ausfüllen konnte, — aber die erste hatte ich nur einen einzigen Tag, denn ich vermochte meine eigene Schrift nicht zu entziffern, weniger vielleicht aus Unfähigkeit als aus Selbstvertrauen und Nervosität.

Wald aber fand ich eine andere Stellung mit sechs Dollar in der Woche und diese behielt ich lange bei, obwohl ich als Verkäuferin mehr verdient hätte; ich konnte in dieser Stellung jedoch sehr viel lernen, und der Chef war ein gemüßhafter Mann; er war streng und hielt auf äußerliche Pünktlichkeit, aber er behandelte sein Personal anständig und hielt es niemals über die Bureauezeit hinaus zurück. Auf die Minute vier schloß er sein Geschäft, und ich hatte also immer noch viel Zeit, um mich weiter fortzubilden.

Ich legte mir einen genauen Leseplan zurecht und begann mich mit wissenschaftlichen Werken zu beschäftigen. Dann las ich eines Tages eine Anzeige, von der ich meinte, daß sie für mich passen konnte, bewarb mich und erhielt eine Stellung in einem großen Verlag mit einem Anfangsgehalt von fünfzehn Dollar in der Woche, das jedoch auf zwanzig steigen sollte, falls ich die Stellung würde ausfüllen können. Ich war allerdings die fünfte, die das verdrängte. — So gelang mir, mich in der Stellung zu halten, und noch

einiger Zeit vertraute man mir sogar bereits das Lesen der Korrekturen an. Eines Tages machte ich zufällig zu einem der Redaktoren eine Bemerkung über meine früheren Erfahrungen, und als ich ihm sie des Näheren geschildert hatte, schien er geradezu entsetzt. Er hatte das Leben bislang immer mit seinem Schreibstift als gegeben.

Er forderte mich auf, einige Artikel zu schreiben und sie an eine bekannte Zeitschrift zu senden, die sie auch annahm.

In der vorliegenden Schilderung habe ich natürlich das eine und das andere verändert, aber ich habe mich streng an die Wahrheit gehalten und nichts übertrieben. Während ich an dieser Arbeit schrieb, habe ich hier und da noch für kurze Zeit in den verstreutesten Jahren gearbeitet, um zu sehen, ob die Verhältnisse sich vielleicht geändert hätten, aber ich habe leider feststellen müssen, daß sie ganz die gleichen geblieben sind.

Und sie werden die gleichen, zum mindesten aber aussehend als arbeitende Frau erwacht und Seite an Seite mit dem Arbeitermann tritt in den Kampf für die Rechte nicht nur ihres Geschlechts, sondern auch ihrer Klasse. Da könnte dann wohl das goldene Zeitalter andrehen, da Lebensfreude und Arbeitsfreude gleichbedeutend sein werden, da es kein Elend und keine Ausbeutung mehr gibt, sondern frage und freie Menschen, — das Zeitalter, da die Arbeiterkraft die Gesellschaft umgestaltet hat zum Besten jedes einzelnen und zum Besten aller!

Das Leben auf unserem Erdboden hatte zu einer bestimmten Zeit seinen Anfang. Das ist ein Satz, welcher von keinem arbeitsfähigen Geologen mehr bestritten wird. Wir wissen jetzt schon, daß das organische Leben auf unserem Planeten wirklich einmal neu entstanden ist, und nicht, wie einige behauptet haben, der Ewigkeit her existierte. Die unumdeutlichen Beweise dafür liegen einerseits die physikalisch-ästhetische Kosmogonie, andererseits die Ontogenie der Organismen. Ebensoviele als die Individuen ebensowenig erzeugen sich die Arten und Stämme der Organismen ebensoviele Lebens. Auch sie hatten einen endlichen Anfang.

Ebert, wie der Notlage der Arbeitsinvaliden, deren geringe Rente bei den erhöhten Lebensmittelpreisen ganz unzulänglich geworden ist, vom Reich gesteuert werden soll, und der sozialpolitische Geheimrat, dem die Antwort zufiel, flehte Zuhilfenahme aus dem Reichsfonds an die Gemeinden für diesen Zweck in Aussicht. Eine Anfrage des Abg. Mumm (Dt. Fr.) über den Zuckerverbrauch für Obstwein und Wein-fabrikation wurde dahin beantwortet, daß in diesem Jahre nur etwas Zucker für Apfelmost zur Verfügung gestellt worden sei. Eine Anfrage unseres Genossen Davidsohn nach der Beschaffung von Möbeln für die Bevölkerung nach dem Kriege brachte die Zusage, daß nach dem Kriege Maßnahmen getroffen werden sollen, um den Bevölkerungstreiben preiswertes Hausgerät zur Verfügung zu stellen. Genosse Bauer fragte an, weshalb die Arbeiterauschüsse, die das Hilfsdienstgesetz vorschreibt, so zögernd eingeführt würden. Unterstaatssekretär Richter suchte die Verzögerung mit der Notwendigkeit der Aufstellung einer Verordnungsordnung zu erklären, mußte aber hinzufügen, daß nunmehr der Bundesrat Zwangsregeln für die Einführung dieser Ausschüsse angeordnet hat. Eine Anfrage der Polen, wonach im Bezirk des Oberkommandos Ost die Bevölkerung zur Zwangsarbeit nach Deutschland abgeführt werden soll, fand noch keine Erledigung. Die Angelegenheit ist noch im Stadium der Prüfung. Eine sehr merkwürdige Auskunft fand die Anfrage unseres Genossen Ebert, weshalb die Oberzensurstelle die Verbreitung der Reichstagsrede Scheidemanns für einen Verständigungsfrieden als Flugschrift verboten hatte, während die im Verlage von Lehmann erschienenen annexionsistischen Kriegsziele verbreitet werden dürften. Ministerialdirektor Lewald erwiderte, daß der Reichsleitung von der Angelegenheit nichts bekannt sei, und riet im Auftrage des Reichskanzlers zu dem üblichen Beschwerdeweg. Dieser Beschwerdeweg ist bereits telegraphisch angetreten, nur hat die Beschwerde bei dem Oberkommando in den Marken noch keine Erledigung gefunden.

Die Festsetzung der nächsten Sitzung ist dem Präsidenten überlassen. Auf Wunsch der Parteien soll sie nicht vor Donnerstag anberaumt werden.

Berlin, 13. Juli 1917.

115. Sitzung, Nachmittags 3 Uhr.  
Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.  
Abg. Windel (Ei.) fragt an, weshalb im Reichslande der Besitz von Einzelpersonen und Firmen, die bisher unter Zwangsverwaltung gestanden, in Liquidation überführt wird.

Geh. Rat v. Jonquieres erwidert, daß die Maßnahme infolge entsprechender Maßnahmen der feindlichen Regierung erfolgt sei.

Abg. Kuhnert (U. Sez.) fragt an, wieweit die vor zwei Monaten versprochene Prüfung der Staatsangehörigkeitsverhältnisse bestimmter sogenannter staatenloser Ausländer gedeihen ist, die zum Heeresdienst eingezogen waren.

Oberst Marquardt: Die Unterlegung ist jederzeit in die Wege geleitet worden. Es hat sich herausgestellt, daß die Einziehungen zum Heere zu Recht erfolgt sind. Im Mai ist eine allgemeine Anweisung über eine erneute Nachprüfung der Staatsangehörigkeit von in militärfähigem Alter stehenden Personen, die bisher als Ausländer angemeldet waren, veranlaßt worden.

Abg. Ebert fragt an, was der Reichskanzler zu tun gedenkt, um der Notlage der Arbeitsinvaliden, deren geringe Renten heute nicht im geringsten ausreichen, baldigt abzuhelfen.

Ministerialdirektor Caspar erwidert, es sei vom Reichskanzler Anweisung ergangen, daß die Gemeindebehörden in besonderen Notfällen Abhilfe schaffen sollen. Für diesen Zweck würden Zuschüsse gewährt werden aus dem Reichsfonds.

Abg. Mumm (Dt. Fr.) fragt an, ob in diesem Jahre wieder sozial Jüden wie im vorigen Jahre der Ernährung entzogen und zur Heim- und Obstzubereitung überlassen werden würde.

Geheimrat Braun erwidert, daß Jüden nur in geringem Maße zur Obstzubereitung freigegeben werde. Es würden nur Vorräte zur Obstzubereitung freigegeben werden.

Abg. Davidsohn (Soz.) fragt an, was geschehen solle, um die Arbeiterkraft und den Mittelstand vor den Schwierigkeiten zu schützen, die bei der Beschaffung von Möbeln vorhanden und noch mehr zu erwarten sind.

Ministerialdirektor Caspar erkennt die Notwendigkeit an, nach dem Kriege Maßnahmen zu treffen, um diesen Bevölkerungskreisen preiswertes Hausgerät zu liefern.

Abg. Boghert (U. Sez.) fragt an, welche Stimmkraft der Reichskanzler angesichts des Verbots von Fremdenanmeldungen in Strafen dagegen zu schaffen gedenke, daß die Verbreitung jenseitiger Druckschriften als Grund für die weitere Beschränkung des Besamlungsrechts benutzt wird.

Oberst v. Mriesberg: Das betreffende Flugblatt hat nicht als solches, sondern als Artikel des Mittelstufensblattes des Bundes sozialdemokratischer Arbeitervereine Berlin und Umgebung die Zensur passiert. Die Verurteilung war in einer von der Zensur genehmigten Weise zugelassen worden. Die beschriebene Verbreitung des Flugblattes in 30 000 Exemplaren war der Zensur nicht bekannt und ihr von ihr auch nicht gemeldet worden. Die Entscheidung der Zensurbehörde über die Zulassung eines Artikels ist in keiner Weise hinderlich für die Zulassung eines Artikels, wenn dieser nicht hinderlich für die Zulassung eines Artikels ist.

Abg. Boghert (U. Sez.): Woher ist dem Reichskanzler bekannt, daß das Flugblatt in ausgerechnet 30 000 Exemplaren verbreitet worden sollte? (Heiterkeit.)

Oberst v. Mriesberg: Ich habe nichts hinzuzufügen.  
Abg. Held (rad.) äußert seine Bedenken über die Verhandlungsverfahren zu den herabgesetzten Preisen von 1. Juli abgenommen. Was gedenkt der Reichskanzler gegen diese Beschädigung der Wirtschaft treibenden Vorkriegsindustrie zu tun?

Geheimrat v. Jonquieres: Dem Reichskanzler ist das nicht bekannt. Ich kann dem Fragesteller nur antworten, die Fälle, auf die ich keine Anfrage frage, im einzelnen beschwerdebefähigt vorzubringen.

Abg. Bauer (Soz.): Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um dem § 11 des Hilfsdienstgesetzes Geltung zu verschaffen und die schmerzhafte Wahl der Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse herbeizuführen, die vielfach noch nicht bestehen, trotzdem das Gesetz bereits seit Jahren in Kraft ist.

Unterstaatssekretär Richter: Es müßte zunächst Maßnahmen ergriffen werden, was eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt. Ferner leben die Wahlberechtigten gewisse Stellen vor, die beim Wahlverfahren ausgeschlossen sind. Hier Mitleid liegt wohl auf keiner Seite vor. Das praktische Handelswesen hat unter dem 1. Mai eine Verfügung an die ihm unterstellten Behörden erlassen, darauf hinzuwirken, daß überall die Wahlen schnelleren erfolgen mögen. Trotzdem der Regierung Bescheid nur in einzelnen Fällen bekannt geworden sind, wird eine Verfügung des Bundesrats veranlaßt werden, wodurch eine Zwangsmaßnahme ist, innerhalb deren die Wahlen erfolgt sein müssen.

Abg. v. Trampczynski (Pole) fragt an, ob dem Reichskanzler bekannt ist, daß im Bezirk des Oberkommandos Ost für jetzt noch keine und wichtige Personen durch bezugslose Militär mit Gewalt aus ihrer Behausungen getrieben und zur Zwangsarbeit nach Deutschland ausgehoben werden, und was gedenkt er dagegen zu tun?

Oberst v. Mriesberg: Die Regierung ist nicht in der Lage, die Verträge im Detail zu bezeichnen, da die hierzu erforderlichen Unterlagen bisher nicht eingegangen sind. Die Angelegenheit wird geprüft.

Abg. v. Trampczynski (Pole): In dem Reichskanzler bekannt, daß mit dem Oberkommando Ost telegraphisch Beschwerde (siehe S. 10) eingegangen ist?

Oberst v. Mriesberg: Nachdem telephonische und telegraphische Verbindung existiert, haben wir das Material nicht bekommen, was zur eingehenden Prüfung notwendig ist.

Abg. Ebert (Soz.): Durch die Oberzensurstelle ist die Verbreitung der Reichstagsrede Scheidemanns über einen Frieden der Verständigung als Druckschrift entgegen dem Artikel 22 der Verfassung verboten worden. Dagegen wird die Annexionschrift „Lehmanns Kriegsziele“ ungehindert in Massen verbreitet. Gedenkt der Reichskanzler dem verletzten Recht Geltung zu verschaffen?

Ministerialdirektor Lewald: Das Verbot der Verbreitung der Druckschrift mit der Scheidemannschen Rede verstößt nicht gegen Artikel 22 der Verfassung, da, wie es vom Reichsgericht wiederholt anerkannt, Mitteilungen einer einzelnen Rede nicht als Verträge über Verhandlungen im Sinne des Artikels 22 erachtet werden können. Im übrigen legt die Reichsleitung Wert darauf, daß diejenigen, die von Zensurmäßigungen betroffen werden, zunächst von dem ihnen gesetzlich gewährleisteten Rechte Gebrauch machen, ehe eine politische Einwirkung auf den Reichskanzler erfolgt.

Abg. Ebert (Soz.): Ist dem Reichskanzler bekannt, daß diese Druckschrift wochenlang ungehindert im Lande verbreitet und erst kürzlich verboten wurde?

Ministerialdirektor Dr. Lewald: Die Zensurverfügung ist dem Reichskanzler erst durch diese Anfrage bekannt geworden.

Abg. Ebert (Soz.): Ist dem Reichskanzler nicht bekannt, daß gegen das Verbot telegraphisch Beschwerde beim Oberkommando in den Marken eingelegt worden ist?

Ministerialdirektor Lewald: Auch das ist dem Reichskanzler bisher nicht bekannt gewesen. Wie ich eben höre, ist beim Kriegsministerium eine derartige Mitteilung eingegangen, das Oberkommando ist angefragt worden, eine Antwort ist bisher noch nicht eingegangen.

Der Gesandtenrat über die „Fürsorge für Kriegsgefangene“ wird auf Antrag des Zentrums, das zu der von der Kommission beschlossenen Forderung noch nicht hat Stellung nehmen können, an die Kommission zurückverwiesen.

Der Gesandtenrat, betreffend die „Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte“ wird auf Antrag des Abg. Scheidemann (Soz.) in Uebereinkunft mit den anderen Fraktionen, die wegen der großen Tragweite des Gesetzes noch einmal dazu Stellung nehmen wollen, von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Es folgt der erste Teilbericht des Ausschusses für Bevölkerungspolitik betreffend die „Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“.

Die Kommission wünscht im Heer eingehende statistische Untersuchungen und Nachweise, ferner Soldatenheime und andere geeignete Unternehmungen mit billiger Verpflegung und Gelegenheit zum Ueberräumen für durchziehende Soldaten in der Nähe der Bahnhöfe der großen Verkehrsstationen; für die Gesamtbevölkerung wünscht die Kommission Bestrafung jeder Person, die geschlechtlich verkehrt, obwohl sie weiß oder wissen mußte, daß sie geschlechtskrank ist, ferner wirksame Vorschriften zur Ueberwachung und Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und Maßnahmen nach einseitigen Gesichtspunkten für das ganze Reich zur Verhütung und Eindämmung von Geschlechtskrankheiten.

Abg. Kuhnert (Soz.) weist auf die große Bedeutung der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten für die allgemeine Volksgesundheit hin. Trotz einiger Bedenken will er den Kommissionsvorsitz übernehmen, verlangt aber darüber hinaus noch die Aufhebung der ärztlichen Schweigepflicht bei Geschlechtskrankheiten und die Beibehaltung des § 161 Absatz 6 des Strafgesetzbuches.

Die Debatte schließt. Die Beschlüsse der Kommission werden angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.  
Präsident Dr. Kaempf eröffnet und erteilt die Ermächtigung dem Termin und die Tagesordnung für die nächste Sitzung selbstständig festzusetzen.

Schluß 4 Uhr.

## Arras 1917.

Aus dem Großen Hauptquartier wird uns geschrieben:

Die Front der Arras-Schlacht reicht von Loos im Norden bis Queant im Süden und wird durch die Scarpe, die bei Blangy unsere Linie in östlicher Richtung überquert, in nahezu gleiche Teile zerlegt. Das Gelände nördlich der Scarpe kennzeichnet sich durch den Höhenzug, der an der Scarpe breit ansteigend entlang unserer alten Linie nach Norden streicht und nördlich Ghendehy wieder verflacht. Er fällt nach Osten bald in steiler, bald in flacherer Linie unmittelbar in die ziemlich kahle Ebene ab, in welcher Douai liegt.

Südlich der Scarpe zeigt das Gelände eine reichere Höhenbildung, dazwischen Sandniederungen und reichlich in kleinen Gruppen verstreut Buschwerk und Baumhaag. Unter den Straßen, die von Arras wie die Röhre einer großen Spinne ausstrahlen, wurden im Laufe der Kämpfe nördlich der Scarpe die Straße Arras-Gareille-Douai, südlich die Straße Arras-Cambrai von Bedeutung.

Die Stadt Arras, welche der gegenwärtigen Schlacht den Namen gibt, hat für die Kampfabhandlung selbst lediglich die Bedeutung einer Hauptstelle für die Regulierung des feindlichen Nachschubs und eines Schlupfwinkels für englische Artillerie und Batterien. Die infolge der langen zusammengeschlossenen Truppen der Stadt sind von der Zivilbevölkerung geräumt.

In der Ausführung der englischen Durchbruchabsicht lassen sich an der Arrasfront drei zeitlich und methodisch umgrenzte Abschnitte unterscheiden:

1. In der Woche von Ostermontag, dem 9. April, bis zum 13. des Monats, der große, gleichmäßig starke, frontale Anprall auf der ganzen Front.
2. Von Mitte bis Ende April allgemeine Angriffe auf der ganzen Front, unter Verlegung des Hauptdruckes erst auf den südlichen, dann auf den nördlichen Teil unserer Linie.
3. Kämpfe mit dem Schwergewicht auf einzelnen Geländepunkten in den Angriffen des Mai und Juni.

### 1. Der erste Anprall.

Der erste große Durchbruchversuch am Ostermontag war vorbereitet durch wochenlanges planmäßiges Rückzugsziehen der feindlichen schweren Artillerie, das in zunehmendem Maße, oft transportierbare Feuerüberfälle die einzelnen Straßen und Punkte unserer Grabenlinie, jenseitig ihrer Erdbedeckung zugänglich machte, planmäßig umstellt und allmählich unsere Graben in Trümmern verwandelte.

Der durch das Wetter meistert angelegte Boden ließ eine Wiederherstellung der zerstörten Grabenlinie nicht zu.

Als die Umstände nachgesehen hatten, stand die Befehlsführung in Front und Feuer. Die Befehlsführung wuchs von Tag zu Tag an Stärke, jede wie zu einer letzten Pause der Sammlung zwei Tage vor dem großen Angriff plötzlich aus, begann am Abend des 8. April aus neue mit zermürbenden Feuerwellen auf unsere Infanterie und Geschütze auf unsere Batterien und schloß am 9. Mai nach 5 Uhr mit großer Heftigkeit zu einem gewaltigen Sturmwechsel an. Die ganze Linie Souchez-Hentun-Coteau stand für zwei bis drei Stunden im Wirbelwind ausströmender Granaten, blühender Rauchwolken und tragend zerschmetterter Eisenstücke.

Von einer für menschliche Begriffe gemessen unerträglichem Druck war das feindliche Artilleriefeuer bei der Straße Souchez-St. Soucy-Thelus, dem Schmelz jenseitiger Grabenlinie, und weiter südlich bei der Straße St. Laurent-Athies-Campour, wo die Engländer nach eigener Angabe auf eine Breite von über 100 Metern 150 Feldgeschütze, 200 Kanonen und schwere Geschütze und 200 Geschützräder auf unsere Linie wirken ließen. Es bedurfte jedoch kein Zweifel, daß der Gegner für einen Teil seiner Infanterie, an diesen beiden Stellen frontal Teile in unsere Linie zu werfen, die im letzten Augenblick zerstört

und unser Graben nach Norden und Süden aufstollen sollten. Der Infanterieangriff fand einen durch die englischen Geschütze, die nach Gefangenenauslagen an diesem Tage Rad an Rad standen, wohl vorbereiteten Boden.

Zwar wurden die ersten Angriffswellen von unseren noch kampffähigen Maschinengewehren und dem Sperrfeuer unserer Artillerie größtenteils aufgehalten; dem nun folgenden Ansturm englischer Massen konnte jedoch die erste und zweite Linie unserer vorderen Stellungen keinen dauernden Widerstand leisten.

In den beiden oben bezeichneten Einbruchstellen gelang es den Engländern infolge der ganz unerhörten Artillerievorbereitung, ziemlich tief in unsere Stellung einzudringen, so daß ihnen die Möglichkeit tatsächlich eröffnet war, dort die noch unerfüllt gebliebenen Teile unserer Linie von Norden nach Süden zu umfassen. Diese Absicht gelang ihnen im Süden nur bis zur Linie Westrand-Roquez-Westrand-Hentun für Cojeul.

Im Norden verblieb preußischen Regimentern der Ostteil der Vimy-Höhe, während westlich Ghendehy und nördlich davon uns nicht einmal die vorderste Linie verloren ging. Im Räume zwischen den Straßen Arras-Lens und Arras-Campour sahen sich Teile einer bayerischen Reservebrigade der drohenden Umfassung aus Thelus, Farbus im Norden und Campour im Süden gleichzeitig ausgelegt. Dank dem entschlossenen Eingreifen beherzter Unterführer gelang es, bei aller Unklarheit der Lage durch einen glänzenden durchgeführten Gegenstoß in südwestlicher Richtung aus Gegenden Bailleur einerseits und besonnener Gruppierung der vorhandenen Kräfte nach Nordwesten und Westen andererseits den Flankenstoß abzuwehren. Um die Wucht des englischen Ansturms zu ermessen, genügt der Hinweis, daß die Truppenmacht, die auf etwa 100-150 Meter unserer Linie angelegt war, in der Gegend von Rockincourt auf drei bis vier Baillonne geschätzt wurde.

Am Nachmittage des 9. April fügten Söhne der bayerischen Gohenebe aus ihren schnell eingerichteten Stellungen im Bereiche mit einigen gut wirkenden Batterien den in der Gegend von Thelus und Farbus eingesetzten schottischen Hochländern derartiges Verluste bei, daß sie an eine weitere Ausdehnung ihres Gebietes an diesem Tage nicht mehr denken konnten. Das Ergebnis des ersten Schlachtages war für die Engländer die Überwindung eines hüfenmäßig in unsere Front vorgeschobenen Gebietes, begrenzt durch eine Linie, die auf dem Ostrand der Vimy-Höhe beginnt, westlich von Vimy vorüber, das Dorf Farbus einschließt, sodann südlich Bailleur bis vor Gareille nach Osten abbiegt, um sodann in südlicher Richtung am Ostrand Campour und Westrand-Roquez Anlesung zu suchen und endlich in nach Westen stark ausgehogenem Laufe nordwestlich Henin in unsere Stellung wieder einzumünden.

Die Dörfer Thelus, Farbus, St. Laurent, Athies, Campour, Ghendehy, Tillon und Neuville-Basse waren für uns verloren.  
(Weitere Aufschlüsse folgen.)

## Wo liegt die Leistung?

In der „Deutschen Tageszeitung“ wittert E. R. gegen die Neugier und macht dabei seinem Herzen in folgenden Darlegungen Luft:

Es handelt sich um Sieg oder Vernichtung des Deutschen Reiches, es handelt sich um die entscheidende Periode des Krieges, und da könnte es Leute geben, die erklären, die Sache dauere nur zu lange, eine kürzere Dauer des U-Boot-Krieges sei vorausgesetzt worden, also mache man nicht mehr mit! Wir glauben, daß es kein kriegsführendes Land der Welt gibt, in dessen Parlament sich ein ähnlicher Vorgang abspielen könnte, der den Gegnern ein so heilsüchtiges und erfreuliches Schauspiel bietet, im eigenen Lande aber bitteres Bedauern wegen der großen Nachteile und Beschädigung wegen der Willkür in der Entscheidung erwecken muß.

Wir haben unsere Leser nie über die Auffassung im Zweifel gelassen, daß wir die deutsche Leistung auf dem Gebiete der auswärtigen Politik weder vor dem Kriege noch während dem Kriege für groß, ja für überhaupt positiv gehalten haben. Von diesem Gesichtspunkte gesehen, ist man in diesen Krieg unvorbereitet gemittelt machen hineingekollert. Auf die Ursachen paßt bis zu einem hohen Grade das frische Wort: „Mehr als die Hälfte der Kriege, welche geführt worden, sind durch große Staatsfehler der Angreifer, welche dem Angreifer die Hoffnung eines glücklichen Erfolges gaben, entstanden, und sie wären unterblieben, wenn jene Staatsfehler unterblieben wären.“ Jene Staatsfehler haben während des Krieges in Deutschland munter ihren Fortgang genommen, wir behalten uns vor, diese Leporello-Liste einmal schonend herzuwählen. Die deutsche Kriegführung dagegen ist es gewesen, welche mit ungeheurem, wachsendem Kraftaufwande jeder neuen politischen Lage sich gewachsen und überlegen zeigen mußte und gezeigt hat. Um kurz zu sein: Die Leistung liegt bei der Militärführung, nicht bei der Zivilseite. Um so charakteristischer wäre es, wenn man jetzt in der angebotenen Weise vorgeht. Man unterfing sich, ein Kriegsmittel und die Methode seiner Anwendung für unrichtig und für unsichtlos zu erklären, welches von den höchsten Autoritäten des Heeres und der Marine geprüft und zur Anwendung gebracht worden ist und von ihnen für wirksam gehalten wird. Man verlangte ferner einen „Verständigungsfrieden“, obgleich man wissen mußte, daß eine solche Verständigung, einerlei in welcher Form sie sich kleiden mag, Niederlage und Ruin für das Deutsche Reich bedeuten muß und bedeuten würde.

Wäre es nach den Alldeutschen gegangen, dann wäre man noch viel trüber, schon unter dem herrlichen, auf allen Rücken insosen tragenden Bismarck ins Unheil des Krieges gestolpert. Doch darüber später, wenn man reden darf. Dann wird auch von uns eine Leporello-Liste und zwar gar nicht schonend hergezählt werden.

Was die Leistung anlangt, so wird auch darüber, wenn der Belagerungszustand erklährt ist, ganz genau zu reden sein; ob dabei fürweg die Militärführung als Höchstleistung gerühmt werden kann, muß der historischen Kritik vorbehalten bleiben.

Unbestritten aber ist es bis jetzt, daß die Höchstleistung beim deutschen Volke liegt, dessen Opfermut und Geduld unvergleichbar war.

Und das es durchaus ablehnt, für ein paar Lappen Land und die dafür bereits voreilig gegründeten G. m. b. H. oder für die Erträge der in Kriegsgewinnen schier ersinkenden Schwerindustrie weiter zu bluten.

Das deutsche Volk will den Krieg ehrenvoll beenden durch einen Frieden, der seine und seiner Kinder kulturelle Existenz sichert. Und der ein Verzichtsfriede nur insofern ist, als dabei für die Zukunft auf rohe, Millionen von Menschenleben und Milliarden von Gütern zehrende Gewalt zu verzichten ist.

Ob die Rüstungsindustrie, die Schwerindustrie oder sonstige Kriegszweckindustrie damit einverstanden sind oder nicht — dieser Friede wird kommen so sicher wie die gewaltige Abrechnung mit denen, die sein Nahen auch nur um eine Stunde verzögert haben.

## Jean Conguet und die deutsche Sozialdemokratie.

Der Führer des Flügels der französischen Sozialdemokratie, der bereit ist, gemeinsam mit den Deutschen an der Wiederherstellung des Friedens zu arbeiten, Jean Conguet, schreibt im „Populaire de Centre“:

Aber was haben die deutschen Mehrheiten in Stockholm erlitten? Genau das gleiche, was sie seit drei Jahren unangenehm als ihren Standpunkt vertretten ohne daß man behaupten könnte, daß sie auch nur im äußersten Punkte von ihrer Verantwortung

abgewiesen wären. Ihre Erklärungen, wie ihre ganze Politik seit dem 4. August 1914, läßt sich auf zwei Gedankenreihen zurückführen: Einerseits widerstreben sie dem Erwerbungscharakter jeder Art, die in Deutschland ihr Spiel treiben, von den Alldeutschen über das katholische Zentrum hinweg bis zu den Liberalen. Sie verlangen zugleich, daß die fremdsprachigen Bestandteile dort, wo ihnen völlige staatliche Unabhängigkeit nicht gewährt werden kann, wenigstens ihre kulturelle Autonomie einschließlich des Rechts erhalten, ihre Muttersprache zu gebrauchen und ihre eigene Kultur zu entwickeln. Sie sprechen sich ohne Vorbehalt und Einschränkung dafür aus, daß Belgien und Serbien ihre Selbständigkeit wieder erhalten.

Wie heftige Kritiker ihr Standpunkt auch hervorzuheben mag, ein zutraglicher Beurteiler kann unmöglich verkennen, daß die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie in diesen so wichtigen Fragen im Kampfe gegen alle anderen Parteien des Reiches steht. Und man kann sie unmöglich ohne die allerhöchstmögliche Verehrung mit ihren schimmigen Feinden Repentini und den anderen Alldeutschen gleichsetzen, die genau das Gegenteil sagen, indem sie die Angliederung Belgiens und Serbiens, des Bedenkens von Brüssel und ungeheure Kriegsschuldigungen fordern. Ebenfalls ist es eine dreiste Unwahrheit, zu behaupten, daß die sozialdemo-

kratische Mehrheit auf Anzeigen nicht eher verzichtet habe, als nach dem offensiblen Fehlschlagen der deutschen Pläne. Schon am 4. August 1914 haben die deutschen Sozialdemokraten, als sie die Kredite bewilligten, ihre Gegenzughaft gegen jede Eroberungspolitik festgelegt. Sie haben nie seitdem unerschütterlich festgehalten.

Diese gerade, vorurteilsfreie Würdigung des Standpunktes der deutschen Sozialdemokratie trägt sehr vorteilhaft ab von dem Geschwätz anderer „Sozialisten“. Langweil ist, wie alle Franzosen, der Meinung, daß Maß-Vorbringen „von Rechts wegen“ an Frankreich zurückfallen muß — aber diese Befangenheit in einer unerfüllbaren Kennzeichnung verleitet ihn wenigstens nicht, der deutschen Sozialdemokratie das als Verbrechen anzurechnen, was die Sozialistenparteien der anderen Länder als ihr Recht und ihre Pflicht ansehen.

### Aus Nah und Fern.

Brand eines großen englischen Passagierdampfers. Das Schiff der Britisch-India-Line, „Chilfa“, 3952 Tonnen, das am 30. Juni von Madras nach Kangoon abging, geriet in Brand und mußte preisgegeben werden. An Bord befanden sich 15 Europäer und 1600 bis 1750 Deckspassagiere. Man hat noch keine weiteren Einzelheiten, doch heißt es, daß viele Menschenleben verloren gingen.

Die Verbrüderung der amerikanischen und französischen Werke. Die Ueberschrift ist keineswegs irgend ein Versuch, Witz zu machen. Die Zeit ist viel zu Ernst für Witz. Unsere Ueberschrift ist wirklich einem großen Pariser Blatte entnommen: dem „Intransigeant“. Das Pariser Gewerkschaftsorgan „Bataille“ vom 8. Juli lenkt nämlich die Aufmerksamkeit des französischen Publikums auf folgende Stelle im „Intransigeant“: „Die amerikanischen Artilleristen sind angekommen. Die Werke, als sie unteren Boden berührten, gaben ihre Freude kund durch lautes Wiehern, denen die französischen Werke, die sich im Hoje befanden, freudig Antwort gaben. Die Verbrüderung hat sich also bis zu den Tieren ausgebreitet.“ — Die „Bataille“, die in den letzten Tagen viel von der Zensur zu leiden hatte, fragt den Zensur, warum er angesichts einer derartigen Verdummung und Lächerlichkeit nicht seines Amtes waltet.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Weyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

## Bekanntmachung.

### Höchstpreise für Gemüse und Obst.

Auf Grund der §§ 4 und 7 der Verordnung des Reichsanwalters über Gemüse, Obst und Süßfrüchte vom 3. April 1917 sind vom Montag, dem 16. Juli 1917 ab folgende Höchstpreise festgesetzt oder bleiben fernerhin in Gültigkeit:

	Großhandelspreis	Großhandelspreis	Kleinhandelspreis
1. Spinat (Blattspinat)	28 Pfg.	34 Pfg.	45 Pfg.
2. Rhabarber	8 "	10 "	14 "
3. Frühmirsingtohl	5 "	30 "	40 "
4. Weißtohl u. Spigtohl	15 "	18 "	30 "
5. Kohlrabi	22 "	25 "	35 "
6. Erbsen a) gereiferte	35 "	42 "	50 "
b) gedrehte	18 "	— "	— "
7. Mörrüben	12 "	15 "	20 "
8. Frühwiewebeln	22 "	20 "	40 "
9. Mörrüben (rote Wurzel) und längliche Karotten mit Kraut	25 "	30 "	40 "
10. Karotten (runde kleine) mit Kraut	30 "	36 "	48 "
11. Schneidbohnen und Bredbohnen	25 "	35 "	45 "
12. Wachsbohnen	30 "	40 "	50 "
13. Stachelbeeren	30 "	35 "	45 "
14. Kirschchen aller Art Schattenmorellen, Weichselkirschchen von der Matt	50 "	60 "	70 "
15. Bissbeeren frei Bahnhof Verladort	40 "	50 "	65 "
16. Himbeeren	55 "	65 "	80 "
17. Johannisbeeren rote und weiße schwarze	30 "	36 "	45 "
	45 "	55 "	65 "

Sämtliche Preise gelten für ein Pfund und sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes.

### Ausländisches Obst und Gemüse.

Für die von der Städtischen Obst- und Gemüsestelle bezogenen ausl. Obst- und Gemüsearten sind die Kleinhandelspreise gültig, die täglich an der Tafel in der Markthalle veröffentlicht werden. Alle Verkäufer sind verpflichtet, bei den betreffenden Obst- und Gemüsearten die Preise deutlich erkennbar auszulegen. Eine Ueberschreitung dieser Preise ist strafbar.

### Höchstpreise für Zitronen.

Vom Montag, dem 16. Juli ab werden bis auf weiteres folgende Preise festgesetzt:

Zitronen im Großhandel 65 Pfg. das Pfund

Kleinhandel 80 "

Ein Ueberschreiten dieser Preise ist strafbar.

Lübeck, den 14. Juli 1917. (1812)

## Landesstelle für Gemüse und Obst

## Bekanntmachung.

In der Zeit von Dienstag, den 17. Juli, bis Sonnabend, den 21. Juli, einschließlich wird in dem Geschäft von H. Drefalt, Breite Straße 28 (Zer- und Feinkostabteilung), in der Zeit von 8-11 Uhr vormittags und 4-7 Uhr nachmittags

### 1 Paket braune Kuchen

auf jede Reichsleistungskarte für Kinder im 1. bis 6. Lebensjahre

ausgegeben werden. Ausgenommen sind die Reichsleistungskarten für Kinder im ersten und zweiten Lebensjahre, auf welche von der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle bereits Reis abgegeben sind. Um Doppelbezug zu vermeiden, wird jede Reichsleistungskarte für Kinder, auf welche Kuchen verpackt worden sind, von der Firma H. Drefalt abgestempelt werden.

Lübeck, den 14. Juli 1917. (1807)

## Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

## Bekanntmachung

### betreffend den Verkehr mit Eiern.

Auf Grund der vierten Verordnung betreffend den Verkehr mit Eiern vom 2. Juni 1917 wird hiermit angeordnet:

Der Abschnitt O IV des Lebensmittelbuches hat vom 14. Juli bis einschließlich 29. Juli 1917 Gültigkeit. In dieser Zeit darf auf diesen Abschnitt nicht mehr als ein Ei abgegeben und angenommen werden.

Lübeck, den 13. Juli 1917. (1783)

Das Polizeiamt.

## 27. Nachtrag

zu der Bekanntmachung vom 20. November 1916, betr. die Abgabe und den Verkauf von Kartoffeln.

Der Ausschuss für Kriegshilfe bestimmt hierdurch:

I. Soweit Kartoffeln bei den Kartoffelerzeugern oder Kartoffelhändlern vorhanden sind, können in der Woche vom 16. bis 22. Juli auf den Abschnitt 7 der allgemeinen Kartoffelkarte, Unterabschnitte 11 bis 14 1 Pfund Kartoffeln bezogen werden. Im übrigen berechtigen die Unterabschnitte 11 bis 14 zur Entnahme eines halben und die Unterabschnitte 15 bis 20 zur Entnahme eines ganzen Pfundes Brot.

II. Auf die Zusatzkartoffelkarte, Abschnitt 7, werden für die Zeit vom 16. bis 22. Juli Kartoffeln nicht verteilt. Als Ersatz für diese Zeit wird auf die Unterabschnitte 11 bis 20 1 1/2 Pfund Brot ausgegeben.

III. Zumiderhandlungen werden auf Grund der Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichsanwalters über die Kartoffelversorgung vom 26. Juni v. J. mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500.— M. bestraft. Neben der Strafe können die Vorräte, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Lübeck, den 14. Juli 1917. (1808)

Der Ausschuss für Kriegshilfe.

## Bekanntmachung

### betreffend die Ausgabe von Kartoffelkarten.

In den bekanntgegebenen Ausgabestellen erfolgt die Ausgabe von Kartoffelkarten für die Personen, deren Familienname mit dem Anfangsbuchstaben

A bis D	beginnt, am Montag, dem 16. Juli 1917
E bis J	Dienstag, " 17. Juli 1917
K bis M	Mittwoch, " 18. Juli 1917
N bis R u. Sch	Donnerstag, " 19. Juli 1917
S außer Sch, T-Z	Freitag, " 20. Juli 1917

In Trauermünde findet die Ausgabe nicht im Polizeibureau, sondern in der Geschäftsstelle der Behörde für Trauermünde statt.

Lübeck, den 14. Juli 1917. (1802)

Der Ausschuss für Kriegshilfe.

## Bekanntmachung

### betreffend den Verkauf von Speisefett.

In der Woche vom 16. bis 22. Juli 1917 dürfen abgegeben und entnommen werden:

1. Auf Abschnitt M IV des Lebensmittelbuches für jede Person 90 Gramm Butter,
2. auf jedes Butterbezugheft die volle Bezugsmenge in Butter,
3. auf Abschnitt S der Zulagekarte für Schwerstarbeiter 35 Gramm Butter.

Der Verkaufspreis für 90 Gramm Butter ist auf 48 Pfg. und der für 35 Gramm Butter auf 18 Pfg. festgesetzt. Zumiderhandlungen werden bestraft.

Lübeck, den 14. Juli 1917. (1806)

Das Polizeiamt.

## Rotes Kreuz, Abt. IV.

### Berufsberatung für Kriegserwitwen.

Sprechstunden während der Ferien: (1786)

Dienstag, d. 17. u. 31. Juli und 7. August, abends 8-9 Uhr, Breite Straße 40, 1.

Herrschaffl. Mobilien, benutzt Gefas, Garnit, Trummeur, Vertik., Tisch, Schlafsim. stehen jetzt zum Verkauf i. Möbellsg. (kein Laden) Bahnhöf. 33. Händl. verb. (1792)

## Sammelt Obsterne zur Delgewinnung!

### Herrschaffl. Sonntagsdienst

am Sonntag, 15. Juli: (1797)

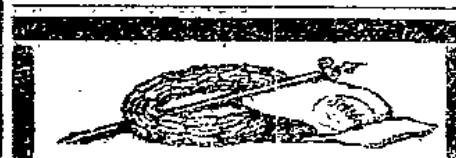
Dr. Lorenz, Breite Str. 11, Dr. Pauli, Mühlenbrücke 5, Dr. Fr. Christern, Kerpenerstr. 4.

Süde versch. Art, u. beschädigt, gr. u. kl. Posten, läuft zu höchsten Preisen (1794)

B. Tesmer, Dankwartstr. 13. Alte und junge Kanarienvögel billig zu verkaufen. (1779) Generdesstr. 49, II.

## Betten-Duve liefert bestens u. billigst.

1790 Gr. Burgstr. 32.



## Verband d. Steinsetzer und Berufsgenossen.

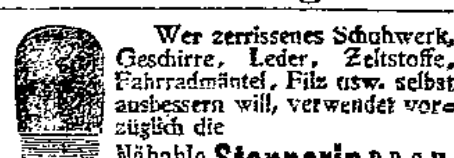
Hiermit zur Nachricht, daß am 9. April un. er Kollege

## K. Nordmann

dem entgeglichen Völkerringen zum Opfer gefallen ist.

Wir werden kein Andenken stets in Ehren halten.

1801 Der Vorstand.



## Nähmaschine Stepperin D.R.G.M.

Solide, beste Konstruktion. Nahe Stepstich wie Maschine. Leicht zu handhaben. Garantie für Brauchbarkeit. Viele Anerkennungen. Preis Mk. 2.50 mit Nadel, verpackt und postfrei. In Lederhüllen käuflich oder direkt durch

John Zucker Stuttgart-Botnang. 1786

## Deutsch-Polnisch.

Sprachbüchlein für Feldsoldaten.

Preis 15 Pfg.

## Deutsch-russischer Soldatensprachführer.

Preis 20 Pfg.

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

## Carl Folkers

## Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

## Vollst. Wohnungseinrichtung.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

(1789) Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmereinrichtg. stets

Lieferung frei Haus

: Teilzahlung gestattet : Bei Barzahlung Rabatt.

## Sozialistische Dokumente des Weltkrieges.

Eine Darstellung der Haltung der organisierten Arbeiter aller Länder zum Weltkriege mit kurzen geschichtlichen und weitpolitischen Einleitungen.

1. Heft: Politik und Krieg — Grundzüge der englischen Politik. Von M. Beer.

Preis 10 Pfg.

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

## Rechnungs-Formulare

werden bezogen in der Buchdruckerei „Cub. Volksbote“ Johannisstraße 46.

**Brauerei zur Walkmühle**  
Hansa-Brauerei A.G.  
Lübeck.  
Trinkt Lübecker Vereins-Bräu  
Bavaria-Brauerei  
Hamburg-Altona  
Niederlage Lübeck  
Lindenstr. 60a Tel. Nr. 474

**Die Biere der Schloßbrauerei Kiel**  
werden überall bevorzugt.  
Fleisch- und Wurstwaren  
Oden- u. Schweinefleischwaren  
Julius Schaber  
Fleisch- u. Wurstwaren  
Große Burgstr. 11  
Reinhold Kronsbein  
Friedrichstraße 16 18  
Hauptstraße 26. 2c  
Dankwartstraße 45  
Beste Fleisch- und Wurstwaren

**Praktischer Wegweiser**  
Erhältst wöchentlich ein mal 22 empfehlensw. Geschäfte Zurecht Besichtigung empfohlen  
Heinrich Waller  
Breitestr. 60  
Herrn Wäsche  
Krawatten Unterzeuge  
Hüte Schirme etc.  
Lederhandlungen  
Carl Rohde  
Schlenschenstr. 24  
Herrn Schiller  
Glasporzellan  
Schuldenstr. 1  
Schuhwaren  
August Schoore  
Hauptstr. 10  
Schuhwaren  
August Popp  
7 Bredstr. 7

**Gitarrenhandlungen**  
Ludwig Böhlich  
Holstenstr. 3  
Ecke Schüsselbad.  
Weine  
Wilhelm Rahfoht  
Unterstraße 111 Telephon 681  
vorteilhafte Bezugsquelle von diversen Weinen u. Spirituosen  
Wurstfabrikation  
Fleischwaren-Fabrik  
Emil Aland  
Guter Aufschnitt u. Wurst  
Ratzeburg  
Ratzeburger Aktien-Brauerei

**Konner bevorzugen das gute Lübecker Bürgerbräu**  
Aktienbrauerei Lübeck  
Eutin  
Mews Mühle, Mühlenfabrikate  
Mein  
G. Ahrens, Bäckermäster.  
Schwarzen  
L. Schaap  
Manufakturwaren, Konfektion  
Arbeitergarderoben  
Nähmaschinen

# Aufruf!

Unsere deutschen Brüder stehen, zum letzten entscheidenden Schlage ausholend, am Ende des dritten Kriegsjahres im Felde. Das Siegfriedsschwert in der Faust darf nicht zucken, wenn es gilt, heimtückische Feinde vom heimatlichen Boden fernzuhalten. Nur stahlharter Wille, getragen von siegesfroher Zuversicht, vermag diese Riesearbeit zu leisten.

Der Dabeingeblichenen Pflicht ist es, dazu beizutragen, daß der Geist unserer Truppen in langer, ermüdender Kriegsarbeit frisch bleibe. Bisher sind Freunde und bedeuken für unser Heer eine geistige Macht. Das Buch, das im Schützengraben oder im Lazarett gelesen wird, ist mehr als ein bloßes Mittel zur Unterhaltung und Zeitverkürzung: es schlägt Brücken zu der Welt, die zurzeit für den Soldaten nicht da ist, die aber das Ziel seiner Sehnsucht ist. In Erzählung und Belehrung, in Scherz und Ernst will das Buch die Herzen erquickten, die trüben Gedanken verschuchen, Schützengrabeneinsamkeit und Lazaretttrübe verschönen. So sind Bücher Waffen, die den Mut stärken, und Mut ist Sieg.

Viele Millionen Bücher sind hinausgeschickt, aber tausendfach tönt uns der Ruf nach Lesestoff von den höchsten Kommandostellen bis zum schlichten Soldaten entgegen.

Für die Millionenheere sind Millionen Bücher erforderlich. Darum bitten wir um Geldbeiträge zu einer

## Deutsche Volksspende zum Ankauf von Lesestoff für Heer und Flotte.

Gehören doch Bücher zu den wertvollsten Gaben, die heimatliche Liebe jetzt noch spenden kann.

Helft uns, daß wir schöpfen können aus dem Born, der im Volk der Dichter und Denker aus den Tiefen des deutschen Gemütes quillt. Gebt alle und reichlich für die Tapferen, Treuen, die mit Blut und Eisen uns und das Unfrige, Volk und Vaterland verteidigen!

Der Ehrenpräsident:

*von Sp. ...*

## Der Lübeckische Landesauschuß für die Bücherspende des Roten Kreuzes.

Senator Kulenkamp, Territorialdelegierter der freiwilligen Krankenpflege für die freie und Hansestadt Lübeck.

Frau Helene Boldemann. Fräulein Bennata Otten. Paul Hindeldenn. Hans Lange. Richard Quikow. John A. Rehder. Paul Schetelig. Heinrich Sievers.

Spenden und Geldüberweisungen nehmen sämtliche hiesigen Banken und Sparkassen entgegen.

# Aufruf!

## Der Lübecker Landesauschuß von Deutschlands Spende für Säuglings- und Kleinkinderschutz.

Die unter dem Patronat Ihrer Königl. Hoheit der Herzogin Victoria Luise zu Braunschweig und Lüneburg steht, bitten herzlich für die so dringend nötigen Beibringungen um eine Spende.

Was diese Spende will, sagt schon ihr Name. Sie möchte den Säuglingen und Kleinkindern helfen, möge sie ihnen vor Verwahrlosung, Krankheit, Elend und frühem Tod! 15 Millionen Kinder sind in Deutschland seit der Reichsgründung im zarten Alter gestorben! Trotz aller bisherigen Versuche, diese Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit einzudämmen, werden doch auch jetzt noch jährlich 15 Prozent aller Kinder im ersten Lebensjahr. Circa 200000 Kinder könnten jährlich unserer Hilfe erhalten werden. Was dieser gewaltige Verlust an Menschenleben schon in Friedenszeiten aufs schmerzliche zu beklagen, so hat der Krieg, der so fürchterliche Lüften in unser Volk riß, es erst recht und zur heiligen Pflicht gemacht, um der Zukunft unseres Volkes willen alles zu tun, was wir können, um diesen jährlichen, so erschreckend hohen Verlust an Volkskraft zu verhindern oder doch nach Möglichkeit zu vermindern, zumal obnehin die Zahl der Geburten in unserm Volke in den letzten Jahren in bedenklichem Maße abgenommen hat. Wir verständigen uns auf's Schwerste an unserm Volke und Vaterlande, wenn wir den Gefahren, die unsere Zukunft bedrohen, nicht mit gleicher Entschlossenheit und Opferwilligkeit entgegenzutreten, wie denen, die wir in der Gegenwart zu bekämpfen haben!

Alle Arbeiten, die bislang schon auf diesem Gebiete des Säuglings- und Kleinkinderschutzes getan sind, wenn sie auch nicht erfolglos waren, sondern — zumal in Lübeck — erfreuliche Erfolge erzielt haben, dürfen wir doch nur als einen ersten Anfang ansehen. Viel gründlicher und großzügiger muß dies Werk in Angriff genommen werden!

### Dazu aber sind große Mittel nötig!

Aus diesem Gedanken heraus ist Deutschlands Spende für Säuglings- und Kleinkinderschutz ins Leben gerufen. Sie will die Mittel anbringen für diese Arbeit und das Ganze planmäßig und zielbewußt organisieren.

Für Lübeck handelt es sich dabei vor allem um die Pflege der Waisenkinder, die Versorgung von Waisen, den weiteren Ausbau der Säuglingsfürsorge, der Kruppen, der Kleinkinderschulen und der Horte. Als dringend notwendig hat sich insbesondere herausgestellt die Einrichtung einer allen gemeinheitslichen Anforderungen entsprechenden Säuglingskrippe mit Tag- und Nachtbetrieb in der inneren Stadt zur Pflege der kleinen Kinder von Müttern, die während des Tages auf Arbeit sind oder des Nachts Dienst tun müssen. Die Kriegskrippe in der Fleischhauerstraße, die einzige in der Stadt, die auch des Nachts Kinder beherbergt, genügt diesen Anforderungen aus Mangel an Mitteln nicht.

Der Lübecker Landesauschuß von Deutschlands Spende gibt sich der Hoffnung hin, daß die liebevolle Bevölkerung diese Beibringungen, die in ganz Deutschland mächtige Förderung gefunden haben, zu unterstützen bereit ist.

## Der Lübecker Landesauschuß von Deutschlands Spende für Säuglings- und Kleinkinderschutz.

Beiträge nehmen die Untergemeinden, die Expeditionen der hiesigen Zeitungen und alle Postämter entgegen.

Senator J. H. Ehrenburg, Ehrenvorsitzender.

Sekretär Dietrich, Pastor Decker, Konrad Dimpster, Frau Bernhard Dräger, Frau Emma, Senator Dr. Ehrenburg, Rechtsanwalt Dr. Götz, Frau Carl Heinsohn, Dr. med. Hennings, Arbeiterführer Hoff, Frau Jochims, Frau Ferd. Kayser, Regierungsrat Dr. Lange, Senator Dr. Lenn, Pastor Mühlentien, Dr. med. Pauli, Frau Senator Postel, Rechtsanwältin Dr. Riedel, Fräulein Martha Röhing, Frau Rat Dr. Stord, Frau Senator Stord, Senator Dr. Bernhardt. (1795)

Tätlich:

## Grabdenkmäler

sehr preiswert.  
**Plettner & Bruhn, Granitwerk,**  
Falkendamm, bei der Badeanstalt.

## Platzverkauf von

**Brandholz und Holz.**  
Heinr. Boys, Lindenstr. 17a.  
Gerichtshof 613. (1784)

M. Marcks (1793)  
**Zahn-Praxis**  
Breite Straße 56.  
Schmerzloses Einsetzen künstl. Zähne ohne Herausnahme der Wurzeln unter Garantie der Brauchbarkeit beim Essen.

**Kriegsküchen.**  
Dienstag und Freitag Fleischkarte mitbringen. (1791)

**St. Gertrud-Schweinegilde.**

## General-Versammlung

am Sonntag, dem 15. Juli  
abends 8 Uhr  
im Lokale Neu-Lauerhof  
Arminstraße 33.  
Tagesordnung:  
1. Abrechnung vom 2. Quartal 1917.  
2. Verschiedenes.  
3. Beitragserheben.  
1781) Der Vorstand.

●●●●●●●●●●  
● **Konzerthaus** ●  
● **Zauberflöte.** ●  
● Schüsselbuden 4. ●  
● **Täglich Konzert von** ●  
● **D' Oberreichtaler.** ●  
● Anfang 7 Uhr. ●  
● (1799) L. Kock. ●  
●●●●●●●●●●

## Stadthallen-Sommertheater

1782  
Sonntag, den 14. Juli 1917:  
Anfang 8 1/2 Uhr  
Gastspiel von Eva Gran vom Deutschen Theater, Hannover:  
**Der Redaktionsengel.**  
Sonntag, den 15. Juli 1917:  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Die Landstreicher.**  
Dienstag, den 17. Juli 1917:  
Anfang 8 Uhr:  
Gastspiel von Eva Gran  
Zum letzten Male:  
**Der Redaktionsengel.**

# Zwecks Erleichterung der Kohlenversorgung

für Lübeck habe ich den

## Kleinverkauf

auf folgenden Plätzen eingerichtet:

1. **Kanalhafen** (unterh. Glockengiesserstrasse)
2. **Drehbrücke** (Platz Christian Gäde)
3. **Kokswerk** bei der Gasanstalt (Geniner Strasse).

Abgabe erfolgt an jedermann und zwar zurzeit 3 Zentner, nämlich:

- 2 Ztr. grobe Hartkoks und  
1 „ Kleinkoks od. 1 Ztr. Briketts.

Verkaufszeit 6—12 und 2—5 Uhr. (1810)  
Zettelausgabe an den betreffenden Plätzen.

# Heinrich Diestel

# Papier-Tag:

Sonntag, den 21. Juni 1917!

Veranlaßt durch die starke Papieranforderung von Heeresstellen, bitten wir unsere jugendlichen Mitarbeiter, noch einmal, und diesmal besonders ausdauernd, nach alten Zeitungen zu suchen und sie am Sonntag, dem 21. Juni, in der Sammelstelle Salzspeicher abzuliefern.

Wir vergüten für 2 Pfund geglättetes und gebündeltes Papier 1 Gusschein; für 6 Pfund Knüllpapier 1 Gusschein.

Wer am Sonntag 10 Pfund und mehr geglättetes, gebündeltes Papier abliefern, erhält ein **Freilos** auf einen zweckmäßigen Gewinn.

Nur am Sonntag, 21. Juni, werden Freilose ausgegeben. Verkündung der Gewinnnummer Punkt 6 Uhr abends.

## Kriegs-Brotensammlung Lübeck

Der Wirtschaftsausschuß:  
Dauerdirektor Balzer; Brodmüller; Isolda Cyrus; Haase-Campe. (1808)

## Während der Gerichtsferien

vom 15. Juli bis 15. September werden die Geschäftsräume der unterzeichneten Anwälte

**am Mittwoch und Sonnabend um 1 Uhr mittags, an den übrigen Werktagen um 5 Uhr nachmittags geschlossen.**

1780  
Bienert; Hermann Brehmer & Dr. Paul Brehmer; Focke; Dres. Görtz, Muus, E. Brehmer I, Hinrichsen; Hach; Hässler; Dr. Hoffmann; Jacobsohn & Dr. Meyer; Dres. Kähler, Schön & Uter; Dr. Koch; Dr. Mandorpf; Dr. Priess; Dres. Schröder & Landau; Steinbömer; Dr. Weber; Weyrowitz; Dr. Wittern, Schorer, Dr. Munck.

## HANSA-THEATER.

Sonntag, den 15. Juli, abends 8 Uhr:  
**Neu! Die Ede des Herrn Terbrügge. Neu!**  
Ein Roman v. F. Carsen, f. die Bühne bearbeitet in 4 Akten.  
Nachmittags 3 1/2 Uhr, zu kleinen Preisen:  
**Das Pensionsschwein.**  
Ververkauf f. beide Vorstellungen am Sonntag nur Theaterkasse  
Montag, den 16. Juli, abends 8 Uhr:  
**Im weißen Rößl.**  
Gastspiel Herr Fischer-Arten. (1809)